

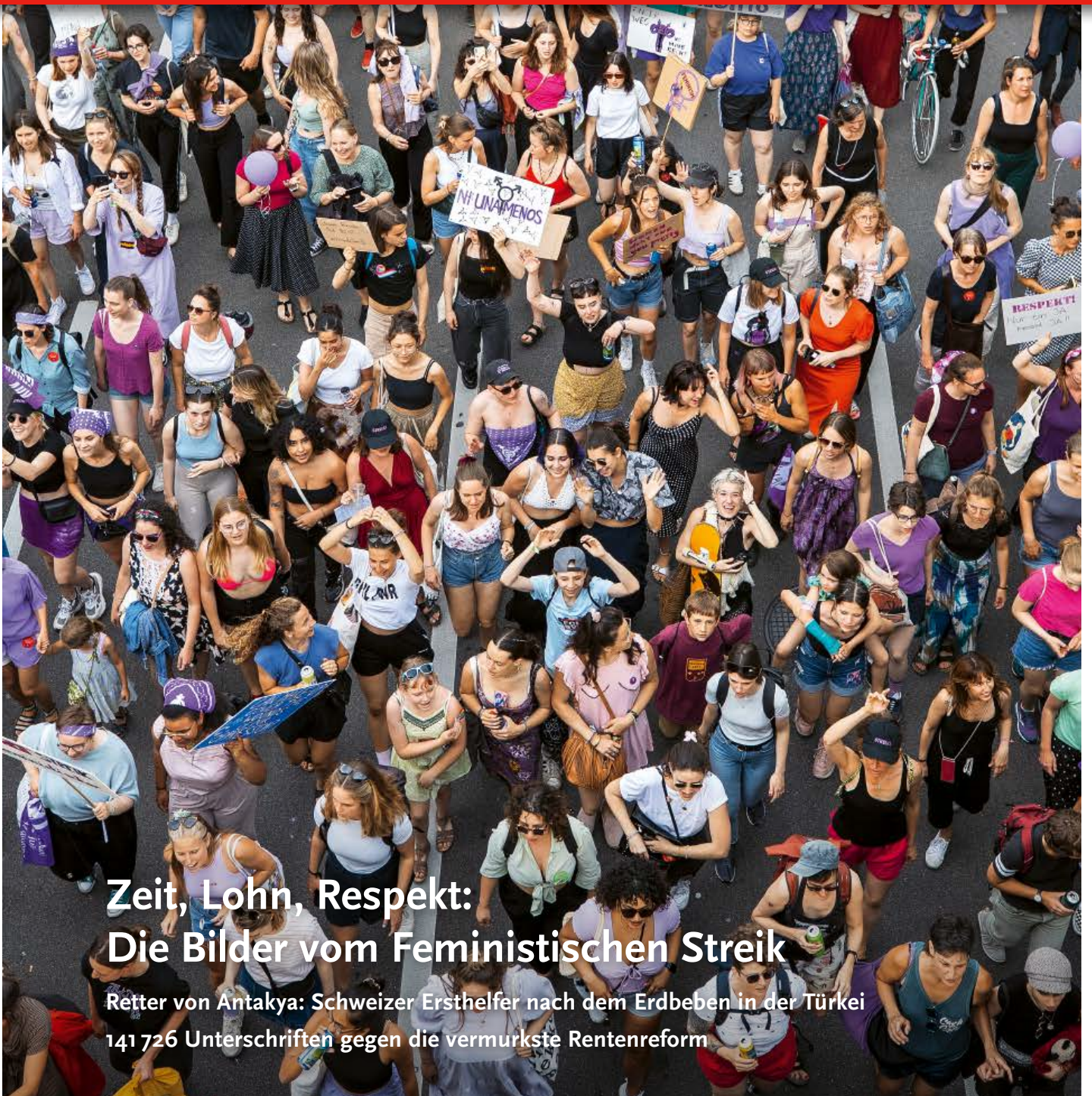
Juli 2023

Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Zeit, Lohn, Respekt:

Die Bilder vom Feministischen Streik

Retter von Antakya: Schweizer Ersthelfer nach dem Erdbeben in der Türkei

141 726 Unterschriften gegen die vermurkste Rentenreform



PREISE RAUF?
LÖHNE
RAUF!

Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

- 5** **Es werde Streik**
Die Beschäftigten des Genfer Flughafens wehren sich erfolgreich gegen Änderungen im Lohnsystem
- 6** **Veränderte Landschaften**
141 726 Unterschriften gegen Rentensenkung bei den Pensionskassen
- 7–9** **Die violette Welle**
Der 14. Juni wird erneut ein grosser Erfolg: 300 000 auf den Schweizer Strassen
- 11** **Der Zähler läuft**
Zürich und Winterthur beschliessen kommunalen Mindestlohn
- 13–17** **Dossier: Retten**
Kollege Edwin Spicher hat nach dem schweren Erdbeben in der Türkei Katastrophenhilfe vor Ort geleistet

Rubriken

- 4** **Gewerkschaftsnachrichten**
- 10** **Melinda Nadj Abonji: Geld – zehn Geschichten**
- 12** **Aus den Regionen und Sektionen**
- 18** **Wirtschaftslektion: Unser bester Freund**
- 19** **Wettbewerb: Gesucht: Held:in (100 %)**
- 20** **VPOD aktuell**
- 21** **Hier half der VPOD: Gerechte Gerichte**
- 22** **Solidar Suisse: Prekäre aller Länder...**
- 23** **Menschen im VPOD: Stefanie Brander, Philosophin und Romanistin, pensionierte Gleichstellungsbeauftragte, Klimaseniorin, Vevey**

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 6, Juli 2023
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Der Turnsack

Gewidmet der VPOD-Verbandskommission Wartung und Reinigung

Ob der Hauswart an meiner Schule ein böser Mensch war? Ich weiss es nicht. Aber es war in meiner Schulzeit undenkbar, den Abwart (so nannte man ihn damals) nicht zu hassen. Oder zu fürchten. Oder beides. Jene Schüler (selten: Schülerinnen), die am freien Nachmittag zur Sühne irgendeiner Untat auf dem Schulareal Unkraut zupfen oder Laub rechen mussten, schwiegen sich vieldeutig aus über das, was ihnen in der Strafkolonie widerfahren war. Und so wurden Angst und Schauer von Geschlecht zu Geschlecht überliefert. Weil ich als Kind ebenso brav wie schüchtern war, konnte ich die Begegnung mit dem Hauswart vermeiden. Bis zu jenem Tag, an dem ich meinen Turnsack (so nannte man das damals) in der Turnhallengarderobe vergass. Inhalt: ein Paar Turnschuhe und eine kurze Turnhose, beides blau, beides Marke Adidas. Ein Notsäcklein richtete mir die Mutter, mit Schuhen, die knapp als Turnschuhe durchgehen mochten, und einer kurzen Hose, die definitiv nicht die Attribute einer Turnhose und weder drei noch zwei noch auch nur einen einzigen Streifen an der Seitennaht besass. Damit begab ich mich in die nächste Turnstunde, war kurz Opfer allgemeinen Spotts, der sich bald legte und der gewohnten Schande Platz machte: dass ich mich vor sämtlichen Turngeräten fürchtete, die Kletterstange nicht bezwang und mich regelmässig als Nichtgewählter zu einer der beiden Fussballmannschaften schleichen musste. Im Korridor des Schulhauses war ein Glaskasten, in welchem Fundgegenstände öffentlich zur Schau gestellt wurden. Natürlich tauchte auch mein Turnsack dort sehr bald auf. Da hing er, zu meiner Scham. Und während ringsum Poesiealben und Zahnspangen kamen und gingen, Lesebücher und Schwimfflossen verloren, gefunden und abgeholt wurden, blieb mein Turnsack, wo er war. Ich traute mich nicht, den Hauswart darum zu bitten. Und mit jeder Woche, die ins Schaffhauserland ging, wurde der Gang schwerer. Ich habe ihn nie angetreten. Der Turnsack muss heute noch dort sein.

Es ist eine andere Generation Hauswartinnen und Hauswarte, für die der einst so ängstliche Viertklässler heute als VPOD-Zentralsekretär zuständig ist. Natürlich muss ein Hauswart auch anno 2023 eine gewisse Autorität ausstrahlen. Muss Abfallsünderinnen und Nachtbuben den Tarif durchgeben. Muss klarstellen, dass der Korridor kein Tschuttiplatz ist wegen (klirr!) der Lampen. Aber die heutigen Hauswarte, jedenfalls die im VPOD organisierten, sind freundliche und dienstleistungsbereite Menschen. Ich denke, ich werde sie demnächst mal nach dem Verbleib meines Turnsacks fragen.



Besser verhandeln: Schweiz und EU.

Flexibel zurücktreten: Bauarbeitende.

Lehrkräftemangel: Potenzielle Zugewanderter nutzen

Das Projekt «Bildung für alle – jetzt!», an dem auch der VPOD massgeblich beteiligt ist, ruft dazu auf, angesichts des Mangels an Lehrerinnen und Lehrern auch an die Potenziale von Geflüchteten und Zugewanderten zu denken. «Unter den Geflüchteten und Zugewanderten gibt es in ihrem Herkunftsland ausgebildete und erfahrene Lehrpersonen sowie weitere Personen mit Interesse und Eignung für den Lehrberuf. Damit das Schweizer Bildungssystem von diesen profitieren kann, braucht es ein koordiniertes Vorgehen der institutionellen Akteure, etwa die erleichterte Diplomanerkennung oder die Möglichkeit zum Erwerb der sprachlichen Zugangsvoraussetzungen an den Pädagogischen Hochschulen. | *vpod*

Unverständliche Politik der Nationalbank

Auch in der Schweiz steigt die Arbeitslosigkeit – wenn auch leicht – wieder an, die Teuerung geht zurück. Der Franken hat sich gegenüber dem Dollar und dem Euro weiter aufgewertet. Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Entscheide der Schweizerischen Nationalbank aus SGB-Sicht unverständlich. Die Zinserhöhung wäre nicht nötig, da die Prognosen für 2024 mit einer Teuerung von weniger als 2 Prozent rechnen. Erst recht als «riskant» sieht der SGB die angekündigte weitere Franken-Aufwertung. | *sgb/vpod*

Bau: Der FAR wird 20

Die Stiftung FAR (Flexibler Altersrücktritt im Baugewerbe) wird 20 Jahre alt. Sie ist das Resultat einer langen und harten Auseinandersetzung, die 2002 in der Blockade des Baregg隧NELS gipfelte (wofür Gewerkschaftsfunktionäre wegen Nötigung verurteilt wurden), und ermöglicht den Altersrücktritt mit 60 ohne namhafte Einbussen. In den 20 Jahren wurden fast 27 000 Renten bewilligt; derzeit profitieren 8400 Versicherte von FAR-Renten. Problematisch ist, dass die FAR-Lösung nicht dem Freizügigkeitsgesetz unterstellt ist – wer mit 59 die Branche wechselt, verliert das Ersparte. | *vpod* (Foto: Akarawut Lohacharoenvanich/iStock)

AHV-Initiative der Jungfreisinnigen kommt allein

Die Initiative der Jungfreisinnigen, die eine Erhöhung des AHV-Alters auf 67 Jahre und mehr brächte, kommt ohne Gegenvorschlag vors Volk. Grund dafür ist eine – wohl dem nahenden Wahlherbst geschuldete – Kehrtwende der SVP im Parlament. Die Gewerkschaften werden sich mit aller Kraft gegen das Vorhaben einsetzen, das letztlich nur noch Gutverdienenden die Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestands böte. | *sgb*

EU: Lohnschutz und Service public garantieren

Der SGB unterstützt die Öffnung der Schweiz gegenüber der EU – ausser wenn dafür der Lohnschutz oder der Service public geopfert werden müssten. Alarmierend ist insbesondere die Absicht, die Spesen nach den Ansätzen des entsendenden Landes festzulegen. Nicht mehr vollständig sakrosankt erscheint dem SGB dagegen die 8-Tage-Frist zur Voranmeldung ausländischer Auftragnehmer, die sich «schrittweise verkürzen liesse», ohne dass der Lohnschutz verschlechtert wird. Beim Service public gibt es keine Verhandlungsmasse: Weder die vollständige Öffnung des Strommarkts noch die – in der EU blamabel gescheiterte – Marktöffnung beim öffentlichen Verkehr kommen in Frage. | *sgb/slt* (Foto: miriam-doerr/iStock)

Gesundheit: Breiter Konsens zu Pflegeberufen

«Anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen, konkurrenzfähige Löhne und Zulagen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben»: Das braucht es gemäss einer breit abgestützten Erklärung von Gesundheitsorganisationen als Massnahmen gegen den Pflegenotstand. Unterzeichnet ist das Schreiben von nahezu allen wichtigen Akteuren der Branche (u. a. GDK, H+, Artiset, Spitex, SBK, Syna und VPOD) – ausser den Krankenversicherern. Die Erklärung fordert eine rasche Umsetzung der Pflege-Initiative und mithin eine bessere finanzielle Ausstattung des Gesundheitswesens. | *vpod*

Die Beschäftigten des Genfer Flughafens wehren sich erfolgreich gegen Änderungen im Lohnsystem

Es werde Streik

Es war nicht allzu geschickt von Direktion und Verwaltungsrat des Genfer Flughafens, die einseitige Änderung des Lohnsystems ausgerechnet zum Ferienanfang durchdrücken zu wollen. Ein entschlossener Streik rief die Regierungsrätin auf den Plan – jetzt wird nachverhandelt. | Text: VPOD (Fotos: Eric Roset)

Direktion schlägt vor, Verwaltungsrat beschliesst, Direktion setzt um, in diesem Fall: ein neues Lohnsystem, das vom Personal des Flughafens Genf nicht gutgeheissen wird, weil es die Perspektiven der Lohnentwicklung schmälert und der Willkür aussetzt. Eine Schlichtung ist gescheitert, die Beschäftigten drohen mit Streik. Es ist keine leere Drohung, wie sich am letzten Juni-Freitag am Morgen in Cointrin in aller Deutlichkeit zeigt. Just zum Genfer Sommerferienbeginn zeigt die Anzeigetafel vorwiegend ein Wort: «annulé». Schlangen bilden sich, Ungewissheit greift um sich.



Entschlossen und geschlossen: Genfer Flughafenbelegschaft.

Entschlossen und geschlossen

Das ist die entschlossene Antwort des Genfer Flughafenpersonals auf dieses Dekret nach Gutsherrenart: Jamshid Pouranpir, VPOD-Sekretär am Flughafen, hat ganze Arbeit geleistet. Transparente und Schilder gibt es nur wenige – sie zu schreiben reichte die Zeit nicht aus. Aber es gibt eine entschlossene Belegschaft. Und eine geschlossene hinter ihr stehende Gewerkschaft. Die VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey ist vor Ort und lobt die Streikenden für ihren Mut. SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard

sagt, dass der Flughafen keineswegs in einer finanziellen Notlage stecke. Kein Grund also, ausgerechnet bei den Prekärsten das Messer anzusetzen, findet auch der Genfer SP-Nationalrat (und Kandidat für das VPOD-Präsidium) Christian Dandrès. Vorschläge wie Einmalprämien, welche von der Flughafendirektion zur Besänftigung offeriert werden, werden mit Buhrufen bedacht. Erst als sich die Genfer FDP-Staatsrätin Nathalie Fontanet einschaltet,

kommt ernsthaft Bewegung in die Sache. Gegen Abend liegt ein Kompromiss vor, mit dem sich die Streikenden einstweilen zufriedengeben: Das neue Lohnsystem tritt frühestens auf 1. Januar 2025 in Kraft. Bis dahin müssen sich die Parteien noch einmal zusammensetzen und mit Hilfe einer Mediation Anpassungen finden, die auch für das Personal tragbar sind. Wenn nicht, weiss man ja jetzt in Genf allseits, wie das geht: Streiken. Und bestreikt werden.

Natascha Wey und Christian Dandrès im Gespräch mit den Streikenden; derweil wächst die Schlange der Reisewilligen.



141 726 Unterschriften gegen Rentensenkung bei den Pensionskassen

Veränderte Landschaften

Ohne grösseren Aufwand hat das Bündnis gegen die BVG-Reform fast das Dreifache der nötigen Unterschriften gesammelt: 141 726. Darin spiegelt sich die Unzufriedenheit über ein völlig vermurkstes Projekt. Das gewerkschaftliche PK-Netz teilt die Ablehnung. | Text: VPOD und PK-Netz (Foto: balticboy/iStock)



Neue Rahmenbedingungen: Die Grosswetterlage hat sich für die Pensionskassen verändert.

Eine Mehrheit der PK-Netz-Mitgliederverbände war bereits seit März via ihre Dachverbände SGB und Travail Suisse aktiv in den Referendumsprozess eingebunden. Die meisten weiteren Organisationen haben sich inzwischen ebenfalls mit der Vorlage befasst und deutlich gegen die BVG-Reform positioniert. So, wie sie im März vom Parlament verabschiedet wurde, verfehlt die Vorlage das ursprünglich vom Bundesrat avisierte Ziel – die Erhaltung des Rentenniveaus – deutlich. Die spielend leichte Unterschriftensammlung spricht Bände: Die Massnahmen sind weder bedarfsgerecht noch zielgerichtet.

Schrumpfende EL

Rechenbeispiele: Bei einer im Obligatorium versicherten 50-jährigen Person, die im Jahr 70 000 Franken verdient, fallen monatlich 100 Franken mehr Beiträge an. Die spätere Monatsrente wird um 127 Franken gekürzt. Für ein Einkommen von 88 200 Franken erhöhen sich die Lohnbeiträge um 42 Franken, die monatliche Renteneinbusse beträgt 271 Franken. Ausserdem steigen durch die

deutliche Senkung des Koordinationsabzuges insbesondere für Angestellte in Tieflohnbranchen die Lohnabzüge massiv an, ohne dass das zu höheren Renten führt. Das geringfügige Plus wird durch eine Reduktion der Ergänzungsleistungen wieder aufgefressen!

Ist die Reform für viele Versicherte nachteilig, so ist sie für die Pensionskassen teilweise krass unfair. Jene Einrichtungen, die bisher einen guten Job gemacht haben, würden bestraft – tendenziell sind es die betriebseigenen, in echter Parität geführten Kassen, die sich an Leistungszielen und nicht an privatem Profit orientieren. Auch in solchen umhüllenden Kassen würden gemäss Parlamentsvorschlag teilweise Zuschläge fällig, selbst für Versicherte, die von der Senkung des Mindestumwandlungssatzes überhaupt nicht betroffen sind, weil sie weit überobligatorische Leistungen erhalten.

Diese «guten» Kassen müssten diese Zuschläge selbst finanzieren; der Sicherheitsfonds würde dagegen schwergewichtig den obligatoriumsnahen, gewinnorientierten Knauserkassen der Privatassekuranz bei-

springen und deren Zuschläge finanzieren. Damit entfernt sich das BVG immer weiter vom ursprünglichen Konzept, eine Versicherung für das «Risiko der Langlebigkeit» zu sein. Auch lädt das neue Gesetz Trickserinnen und schlaue Füchse nachgerade dazu ein, ihr Alterskapital bei Pensionierung scharf unter jener Summe zu halten, bei der die Zuschläge enden. Mitnahmeeffekte sind programmiert.

Schlauere Kammer

Dass der Pensionskassenverband ASIP die Reform dennoch unterstützt, löst weitherum Kopfschütteln aus. Sein Ja ist ein rein politisches Statement und entspringt nicht, wie man von einem Fachverband erwarten könnte, einer fundierten Analyse. Alles scheint dem Ziel untergeordnet, endlich diesem verhassten Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent zu Leibe zu rücken, obwohl dieser lediglich im Obligatorium wirksam ist. Dazu kommt, dass die Zinswende die Landschaft grundlegend verändert hat: Mit dem «dritten Beitragszahler» darf wieder gerechnet werden, die Periode der sinkenden Umwandlungssätze ist zu Ende.

Die Kammer der Pensionskassen-Experten hat dagegen gemerkt, dass die Umsetzung dieser Reform erhebliche Verwaltungskosten verursacht, während sie gleichzeitig das Ziel des Ausgleichs verfehlt. Mit *K-Tipp* war auch die Konsumentenpresse an der Unterschriftensammlung gegen die BVG-Reform beteiligt. Voraussichtlich im März 2024 wird es zu einer entscheidenden Weichenstellung kommen, wenn die missratene BVG-Reform gleichzeitig mit zwei AHV-Vorlagen an die Urne kommt, einer garstigen von rechts, die das Rentenalter erhöhen will, und einer guten von links, die bei der AHV einen zusätzlichen «Dreizehnten» einführen will, wie er bei den Löhnen weitherum üblich ist.

Zahlreiche betriebliche Aktionen in der Deutschschweiz, aber vor allem in der Suisse romande

Die grosse Umwidmung

«Den Streik in die Betriebe tragen» war das erklärte Motto der Gewerkschaften für den 14. Juni 2023. An vielen Orten der Deutschschweiz und noch stärker in der Suisse romande haben VPOD-Kolleginnen grosse und kleine Zeichen gesetzt. | Text: VPOD (Fotos: Alexander Egger, vpod)

Schon der Frauenstreik 1991 hat den traditionellen Streikbegriff ausgeweitet: Der 14. Juni war damals ein überaus bunter Tag voller kleinerer und grösserer Aktionen und Zeichen, von Arbeitsniederlegungen und Demos, von Picknicks und Happenings. Von der Edition 2019 blieben vor allem die riesigen Demonstrationen am frühen Abend in Erinnerung, die zu den grössten gehören, welche die Schweiz jemals gesehen hat. Für 2023 war es die gewerkschaftliche Absicht, den Streik im engeren Sinn aufzufassen und in die Betriebe zu tragen. Das hat nicht überall gleich, aber an vielen Orten und vor allem in der Westschweiz beachtlich gut funktioniert.

Nicht auslagern!

Unvollständige Übersicht: In Basel haben Lehrerinnen an verschiedenen Schulen die Arbeit niedergelegt oder einzelne Schulstunden bestreikt. Mehr Schulausfall gab es in den welschen Kantonen, zumal in der Waadt. An mehreren Gymnasien fand Unterricht nur eingeschränkt statt; Schulstunden wurden umgewidmet, Schulzimmer in Ateliers und Kinosäle, Schulhöfe in Picknickareale verwandelt. Längere oder kürzere Protestpausen gab es im Berner Gesundheitswesen: Bei den

Pflegerinnen und Hebammen am Inselspital, an der Frauenklinik sowie am Psychiatriezentrum Münsingen wurde Eistee ausgeschrieben. Auch an den grossen Westschweizer Universitätskliniken CHUV und HUG haben die Beschäftigten deutlich gemacht, dass Frauenarbeit die Säule des Gesundheitswesens darstellt. Insgesamt gab es in der Westschweiz an über 90 Orten betriebliche Aktionen des VPOD. In vielen Einrichtungen des Sozialbereichs wurden Zeichen gesetzt – wenigstens mit violetter Kleidung.

Für Aufsehen sorgte am Mittag in Bern eine Aktion der Bundeshausputzfrauen, die gegen eine Auslagerung ihrer Dienstleistung kämpften. Der Direktorin des Eidgenössischen Personalamts wurde ein entsprechender Forderungskatalog übergeben. Auch zahlreiche Leitungen von Universitäts-



ten und anderen Bildungsanstalten durften Forderungslisten entgegennehmen.

Protest von Hotel zu Hotel

Im Organisationsgebiet der grössten Gewerkschaft Unia gab es ebenfalls Aktivitäten. In Luzern wurde der Betrieb der SOS-Reinigung blockiert; die Forderungen hier: bezahlte Wegzeiten, pünktliche Lohnzahlung, Schluss mit Mobbing und Diskriminierung. In Zürich verschafften sich Reinigerinnen, die in Luxushotels unter extremem Druck putzen, durch einen Umzug von Hotel zu Hotel Gehör. Unter den Verkäuferinnen waren es vorab jene der Haupteinkaufsstrassen von Lausanne und Genf, die gegen schlechte Bedingungen protestierten, sekundiert von den Pharmassistentinnen, die in Lausanne ihren Arbeitsplatz verliessen, um einen GAV zu fordern.





14. Juni wird erneut grosser Erfolg: 300 000 auf den Schweizer Strassen

Die violette Welle

Dass am 14. Juni 2023 erneut 300 000 Frauen und Verbündete auf der Strasse waren, ist ein starkes Zeichen. Die violette Welle, die durch die Schweiz rollte, verlangt insbesondere nach einer rascheren Gangart bei der Lohnangleichung.

| Text: SGB/VPOD (Fotos links: Alexander Egger und Eric Roset, rechts: VPOD)

Den letzten Kick hatte der Schweizerische Arbeitgeberverband gegeben, der am Tag vor dem Frauenstreik die Lohndifferenz schön- bzw. kleinrechnete (siehe Kasten). Mit dem Motto «Lohn, Zeit, Respekt: Gleichstellung jetzt!» antworteten die Gewerkschaften. Besonders bei den Löhnen in den «typischen» Frauenbranchen muss es jetzt vorwärtsgehen, fordert der SGB. Etwa bei den Verkäuferinnen oder den Reinigerinnen, bei den FaBe und im nichtärztlichen Gesundheitsbereich.

Dass Frauen, die sich zugleich in der Betreuung von Kindern oder älteren Angehörigen verausgaben, doppelt und dreifach belastet sind, bleibt traurige Realität – eine vernünftige Altersrente lässt sich auf diese Weise kaum aufbauen. Daher stehen für den SGB an erster Stelle jene Massnahmen, welche die Vereinbarkeit verbessern: flächendeckende und bezahlbare Betreuungsangebote, planbare und kürzere Arbeitszeiten. Nur mit solchen Massnahmen wird auch die unbezahlte Arbeit fairer auf die Geschlechter aufgeteilt.

Neben Lohn und Zeit fordern die Frauen am 14. Juni auch Respekt. Das bedeutet, dass dem Sexismus und der Diskriminierung in der Arbeitswelt mit Nulltoleranzpolitik der Garaus gemacht wird. An den Frauen kommt heute niemand mehr vorbei: Es hat sich eine breite Bewegung etabliert, die in der Politik, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft auf Gleichstellung besteht. Die Verbände des SGB werden die Kraft des 14. Juni zu nutzen wissen.



43 oder 3,3 Prozent Lohnunterschied?

Frauen haben 43 Prozent weniger Einkommen als Männer, stellt das Bundesamt für Statistik BfS fest. Gar nicht wahr, sagt eine neue HSG-Studie im Auftrag der Arbeitgeber: Die Lohndiskriminierung beträgt nur 3,3 Prozent. Was gilt? Tatsache ist, dass die vom Arbeitgeberverband (SAV) vorgelegte Studie nur einen kleinen Teil der Realität abbildet, nämlich lediglich 10 Prozent jener Unternehmen, die überhaupt zur Lohnvergleichsanalyse verpflichtet waren. Es ist zu vermuten, dass die Musterschülerfirmen eher mitgemacht haben als die schwarzen Schafe. Die 43 Prozent

beziehen sich auf die schiere Lohnsumme, unabhängig von allen weiteren Faktoren, ob Ausbildung oder Beschäftigungsgrad. Unter Berücksichtigung der berufsspezifischen und persönlichen Merkmale zeigt die HSG-Studie eine durchschnittliche unerklärte Lohndifferenz von 3,3 Prozent. Von den insgesamt 461 Unternehmen, die Logib verwendeten, hätten 458 die Vorgaben des Gleichstellungsgesetzes eingehalten, schreibt der SAV. Das sind 99,3 Prozent. Es ist aber nicht nur die unterschiedliche Datenbasis: Die Differenz zu den BfS-Zahlen

rührt auch daher, dass in der neuen Studie (und mit Logib) die Löhne lediglich *innerhalb* von Unternehmen verglichen werden. Wenn Frauen überproportional in «knausrigen» Firmen oder Branchen tätig sind, hinterlässt das weder in Logib noch in der HSG-Untersuchung eine Spur. Vermutlich liegt ein Teil der Differenz genau hier: Wer Sorgearbeit leistet, ist weniger flexibel und muss im Zweifel den nähergelegenen Job annehmen. Männer (und Frauen), die solche Rücksichten nicht nehmen müssen, können weiter pendeln und leichter in Hochlohnzonen wechseln. | stt

Missbräuchliche Änderungskündigung

«Die Änderungskündigung ist kein elegantes, sondern ein brachiales und gleichzeitig tückisches Gestaltungsmittel: Sie lässt den als Mitarbeiter betitelten Arbeitnehmer seine Schwäche als Vertragspartner spüren», schreibt der Jurist (und heutige Basler Regierungsrat) Conradin Cramer. Denn überall sonst im Recht kann ein Vertrag, der von zwei Seiten eingegangen wird, auch nur von diesen beiden Seiten geändert werden. Bekanntlich aber ist das Gleichgewicht der Kräfte beim Arbeitsvertrag nicht gegeben, zumal nicht in der Schweiz.

Ein Bundesgerichtsurteil (BGer 8C_637/2022) zeigt nun zumindest Grenzen der Änderungskündigung auf, wie die Plattform *Arbeitsrecht aktuell* referiert. Der Arbeitgeber hatte einer Arbeitnehmerin die 90-Prozent-Stelle gekündigt und ihr eine Beschäftigung von 30 Prozent bei geringerer Lohnneinstufung offeriert. Die Arbeitnehmerin



hatte naturgemäss einige Fragen zu diesem Posten. Aber noch bevor sie sich entschieden hatte (vor dem Ablauf der Kündigungsfrist, ja sogar vor dem Ende der angesetzten Bedenkzeit), teilte ihr der Arbeitgeber mit, er könne ihre Bewerbung für die 30-Prozent-Stelle nicht mehr berücksichtigen. Die kantonale Vorinstanz hatte dieses Vorgehen geschützt; beim Bundesgericht kam der Arbeitgeber damit nicht durch.

Es handle sich um eine Änderungskündigung im engeren Sinne: Der Ausgang der Geschichte hängt vom Verhalten der Arbeitnehmerin ab; sie muss sich für eine der Alternativen entscheiden («Vogel, friss oder stirb!»). Es müssen also auch die Ereignisse nach Zustellung der Änderungskündigung betrachtet werden, was die Vorinstanz nicht nötig fand. Das Bundesgericht wird drum recht deutlich: «Die Missbräuchlichkeit der Änderungskündigung ergibt sich letztlich aus der Art und Weise, wie die Beschwerdegegnerin das Dienstverhältnis mit der Beschwerdeführerin beendete. Indem sie der Beschwerdeführerin eine Frist setzte, um zu erklären, ob sie die angebotene neue Stelle annehmen würde, jedoch nicht den Ablauf der Frist abwartete, bevor sie das Dienstverhältnis endgültig kündigte, spielte sie ein doppeltes Spiel und versties damit in charakteristischer Weise gegen den Grundsatz von Treu und Glauben. Indem sie die Missbräuchlichkeit der unter diesen Umständen ausgesprochenen Kündigung verneinte, verfielen die kantonalen Richter in Willkür.» | st

Melinda Nadj Abonji Geld – zehn Geschichten

6 Rotationen

Vater ging täglich über die Brücke. Zum Schlachten, das war seine Arbeit. Ich fragte ihn, was er da genau tut, wenn er über die Brücke geht. Ich drehe den Tieren die Hälse um. Aber dann sind sie doch noch nicht tot, und ich schaute auf meine dreckigen Zehen. Weisst du was, du bist ein Fass ohne Boden, mit deiner Fragerei. Ich mach's nicht gern, bist du zufrieden? In der Schule lobt mich die Lehrerin, wenn ich frage. *Himmel-Arsch-und-hol-dich-der-Dieb*, flucht Vater, du bist hier nicht in der Schule, kapiert?

Ja sicher! Vater war wütend, weil er keine Wahl hatte, in der Nacht aufschoss, schrie, brüllte. Die Nacht war ein greller, krankmachender Tag, in dem sich ein Ungetüm aus Fleisch auftürmte, gegen das Vater kämpfte, mit seiner kräftigen Stimme – und am Ende schluchzte er, musste nachts um drei wieder los, über die Brücke. Ein entfernter Verwandter hatte es aufgebracht, erzählte von Tschikago, als wäre er dort gewesen, im gelobten Land der Erfindungen, da würden nämlich glänzende Maschinen die Drecksarbeit erledigen, und die Arbeiter bedienten in sauberen Hemden und Lackschuhen die Knöpfe und Hebel, rauchten sogar dazu.

Wer hätte nicht davon geträumt, dass die Erfindungen Meere, Berge, Täler, die menschliche Bequemlichkeit und Gewohnheit überwinden würden, dass sich jemand finden liesse, der in der Pampa investiert, in die Innovation, und daran glaubt, dass es sich lohnt, denn ja, im glamourösen Amerika lohnte es sich längst, und alle waren glücklich. Es war dann *gopfertami* extrem hart zu erfahren, dass die Innovation kam und die Drecksarbeit blieb, dass man die schweren Tierkörper

zwar nicht mehr schleppen musste, die Maschinen aber einem gnadenlosen Rhythmus gehorchten, die hochgezüchteten, toten Tiere auf fließenden Bändern unablässig herbeiförderten, der Einzelne einen endlosen Tag lang eine stupide Handbewegung ausführen musste, zum Beispiel den an Kreisförderern hängenden Schweinen die Ohren abzwacken. Und wieder einmal frage ich mich, ob ich die richtigen Lektionen gelernt habe; hätte man mich nicht in der Schule lehren müssen, dass der mächtige Unternehmer Henry Ford, der übrigens nebenbei noch antisemitische Texte publizierte, sich vom Schlachthof hatte «inspirieren» lassen – wo bist du, schmorst du in der Hölle? Ford machte sich die Brutalität und Effizienz, eine weitere Ausgeburt der Gewalt, zunutze, indem er das Prinzip der maschinellen Zerlegung von Tierkörpern in Schlachthöfen in sein Gegenteil verkehrte, die Einzelteile zusammenführen liess zu einem Ganzen, einem Automobil; die serielle, massenhafte Tötung von Tieren als «Inspiration» für die Massenproduktion in der Automobilindustrie. *Gopfertami*, es ist hart zu wissen, dass Ford den Arbeitern bedeutend mehr zahlte, damit sie sich dann ihr erstes Auto von der Firma kauften, für die sie arbeiteten. *Yes!* auch mein Vater kratzte sein Geld zusammen, das er beim Schlachten verdiente, pumpte den Rest von einem Kollegen, um sich einen gebrauchten, dunkelgrünen Ford zu kaufen.



Melinda Nadj Abonji
ist Schriftstellerin
und Musikerin

Mindestlohn in Zürcher Grossstädten – weitere Kommunen werden folgen

Der Zähler läuft

Auf die Kantone folgen die Gemeinden: In Zürich und in Winterthur hat das Stimmvolk einen Mindestlohn beschlossen. Die Verlierer versuchen, die davonschwimmenden Felle auf dem Rechtsweg wieder einzufangen.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: CTMorley/iStock)

Überraschend deutlich – mit 69,4 bzw. 65,5 Prozent Ja-Stimmen – haben die Städte Zürich und Winterthur die Einführung eines Mindestlohns an der Urne gutgeheissen. Bisher gibt es politisch verfügte Mindestlöhne erst auf kantonaler Ebene, nämlich in Genf, Neuenburg, im Jura, im Tessin und in Basel-Stadt. Der höchste Mindestlohn ist mit 24 Franken pro Stunde in Genf vorgeschrieben, der geringste im Tessin mit 19 Franken. Die beiden Zürcher Grossstädte liegen eher am oberen Rand (23.90 bzw. 23 Franken), was dem Niveau der jeweiligen Lebenshaltungskosten entsprechen dürfte.

Bald nationaler Mindestlohn?

Dass der Gewerbeverband vor Gericht gegen den Mindestlohn auf Gemeindeebene streiten will, war zu erwarten. Der Versuch, den ersten kantonalen Mindestlohn (Neuenburg) durch das Bundesgericht kassieren zu lassen, schlug jedenfalls fehl. Dieses sieht darin eine sozialpolitisch vertretbare Massnahme. Die Ängste des Bürgertums formuliert die NZZ: «Wenn die grösste und die zweitgrösste Gemeinde des Kantons Ja sagen zu einem Mindestlohn, dann fehlt nicht mehr viel für einen kantonalen Zür-



Das Taxameter läuft: Auch in den Städten Zürich und Winterthur soll künftig ein Minimallohn gelten.

cher Mindestlohn. Und wenn der grösste Kanton der Schweiz Ja sagt zu einem Mindestlohn, dann ist es nicht mehr weit zu einem neuen Anlauf auf nationaler Ebene.» Schlecht für die Schweiz? Schlecht für die Wirtschaft?

Wo die NZZ mit mechanischer Ökonomie auf Sekundarschulniveau von Stellenabbau oder Ferienkürzung faselt, zeigen neuere empirische Untersuchungen positive Wirkung. Auch die Erfahrung aus Deutschland lehrt, dass eine gesunde Wirtschaft dieses

staatliche Korrektiv nicht nur aushält, sondern dass sie mittelfristig sogar davon profitiert, weil Produkte und Dienstleistungen mit höherer Wertschöpfung attraktiver werden. Auch der SGB sieht in den beiden kommunalen Abstimmungen nicht nur ein wichtiges Signal, sondern auch einen konkreten Fortschritt.

Die mit Mindestlöhnen verbundene Absicht wird allerdings derzeit von anderer Seite unter Beschuss genommen. Eine überwiesene Motion von Ständerat Erich Ettlin (Mitte, Obwalden) will festlegen, dass sozialpartnerschaftlich vereinbarte, allgemeinverbindlich erklärte GAV kantonale oder kommunale Bestimmungen zu Mindestlöhnen übersteuern. Der SGB sieht darin eine «antidemokratische» Tendenz; auch der Bundesrat, der jetzt eine Vorlage erarbeiten soll, ist skeptisch. Nicht allein, weil zugleich Art. 358 OR geändert werden müsste, sondern auch, weil ein GAV nicht die gleiche demokratische Legitimation habe wie ein Gesetz; sollte er zwingendem kantonalem Recht vorgehen, heble das die föderalistische Kompetenzordnung aus.

Beschränkter Jubel

Bei der nationalen Volksabstimmung vom Juni – der letzten in diesem Jahr – haben die Gewerkschaften nur beschränkten Anlass zum Jubeln: Die aus ihrer Sicht verfehlte Verteilung der Mehreinnahmen durch die OECD-Steuerreform wurde durchgewinkt. Jetzt profitieren vorab jene Kantone, welche den anderen mit aggressiver Tiefsteuerpolitik Steuersubstrat entzogen haben. Erleich-

terung herrscht angesichts des deutlichen Jas zum Klimaschutzgesetz. Mit der nun ausgelösten Investitionsoffensive für den energetischen Umbau der Gebäude sowie für technologische Innovationen erhält die «Klimawende» in der Schweiz endlich Schub. Auch wenn das jetzt Beschlossene zur Erreichung der Klimaziele bei Weitem nicht ausreichen dürfte. | slt



Protest gegen Hinhaltenaktik: Theatertechnik Basel.

Zeichen für Service public: Personalreglement Bern.



der Klassenlehrpersonenpauschale fällt zu gering aus, die Abschaffung der Arbeitszeiterfassung führt vollends in die Irre, und auch die Verschlechterung beim Dienstaltersurlaub lehnt der VPOD ab. Einer Aufwertung der Schulleitungen wird der VPOD nur zustimmen, wenn damit die Schulqualität verbessert wird – und nicht, wenn die Lehrpersonen mit Mikromanagement gegängelt werden. | *vpod*

Stadt Bern: Ein Zeichen für den Service public

Mit 57,6 Prozent nicht wuchtig, aber doch solide ist die Zustimmung der Stadtberner Stimmbevölkerung zum neuen Personalreglement. Der VPOD sieht das Ja als ein Zeichen der Wertschätzung für den Service public. Die Gegenseite war mit einer Neidkampagne unterwegs, die auf Fehlinformationen und dem Zerrbild des «überbezahlten und privilegierten Beamten» beruhte. Als soziale Elemente hebt der VPOD die Ausdehnung des Krankentaggelds, die Pflicht zur Weiterbeschäftigung bei gesundheitlichen Einschränkungen und den Mindestlohn von 52 000 Franken hervor. Die Umsetzung wird er eng begleiten. | *vpod/slt* (Foto: VPOD)

Flughafen Zürich: Es braucht Regeln

Streik in Genf-Cointrin (siehe Seite 5) – aber auch am Zürcher Flughafen brodeln es. Das Problem ist, dass die Fluggesellschaften in Klotten zwischen unterschiedlichen Bodendienstleistern auswählen können. Dadurch entsteht ein unwürdiger Preiskampf mit Offerten, die teilweise 20 Prozent unter dem Marktpreis liegen. Am Ende zahlt das Personal – mit Tiefstlöhnen. Während Swissport sich mit einem GAV zu geregelten Arbeitsbedingungen bekennt, wähnt sich die Konkurrenz im Wilden Westen. Aus Sicht des VPOD muss der Flughafen die Abfertigungserlaubnis an die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen bzw. an einen GAV koppeln. Eine Petition verfolgt genau dieses Ziel. VPOD-Sekretär Stefan Brülisauer sieht aber auch den Kanton und die Stadt Zürich als Hauptaktionäre (ein Drittel bzw. 5 Prozent der Aktien) in der Pflicht. Immerhin fließen Jahr für Jahr beträchtliche Dividenden. In den Parlamenten sind Vorstösse hängig, die auf eine stärkere Regulierung abzielen. Ansonsten wird es früher oder später auch in Zürich zum Streik kommen. | *slt*

Zürich: Hausaufgabe nBA ungelöst

Endlich hat die Bildungsdirektion des Kantons Zürich Vorschläge zur Anpassung des Berufsauftrags (nBA) in die Vernehmlassung geschickt. Obwohl man betont, dass das Geschäft wegen des Lehrkräftemangels dringlich sei, ist das Papier dürrig. Die Erhöhung

AOZ kündigt GAV unter Vorwand

Die Begründung, die von der Asylorganisation Zürich (AOZ) für die kurzfristige Kündigung des GAV mit dem VPOD gegeben wird, ist vorgeschoben. Rechtsunsicherheiten? Unsinn: Die Sozialpartner standen mitten in Verhandlungen, bei denen es naturgemäss Differenzen gibt. Die Absicht der AOZ, zentrale arbeitsvertragliche Regelungen aus dem GAV herauszulösen, wird vom VPOD jedenfalls bekämpft. Die GAV-Kündigung ist auch darum ein schlechtes Zeichen, weil die AOZ vom Fachkräftemangel stark betroffen ist, unter hoher Personalfuktuation leidet und mit Reputationsproblemen zu kämpfen hat. | *vpod/slt*

Theater Basel: Keine Hinhaltenaktik

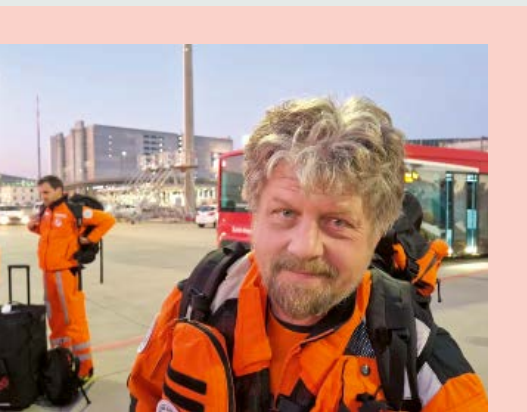
Die technischen Mitarbeitenden am Theater Basel wollen den neuen GAV Technik bereits seit Mai verhandeln – erstmals in der Schweiz in der Form von «offenen Verhandlungen». Nach anfänglicher Zusage will die Direktion jetzt aber erst im November starten, so dass der Abschluss in weitere Ferne rückt. Für das Personal sind Verbesserungen aber dringend. Sie haben ihr Anliegen daher mit einer Aktion in die Öffentlichkeit getragen: Im Theaterfoyer haben sie mit einer Installation von Arbeitsmaterialien – vom Schweißgerät bis zu Schneiderpuppen und Kostümen – auf die Unverzichtbarkeit ihrer Arbeit hingewiesen. | *vpod* (Foto: VPOD)

Kollege Edwin Spicher hat nach dem schweren Erdbeben in der Türkei Katastrophenhilfe vor Ort geleistet

«Ereignisse von ungeheurer Wucht»

Schön ist es nicht, was Edi Spicher als Ersthelfer nach dem Erdbeben in der Türkei erlebt hat. Trotzdem gehört zur Erfahrung auch Positives, allem voran die 11 Lebendrettungen und die gute Zusammenarbeit vor Ort. Vieles ist Aussenstehenden nur schwer zu vermitteln; der Kollege versucht's dennoch – fürs VPOD-Magazin.

| Interview: Christoph Schlatter



Der langjährige VPOD-Kollege **Edwin «Edi» Spicher** ist Mitglied des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe. Er ist Zugführer bei der Berufsfeuerwehr der Stadt Bern und besitzt Ausbildungen als Retter, Schadenplatzberater und Materialverantwortlicher. In der Freizeit geht er gerne zBäärg.

VPOD: Edi Spicher, war das in der Türkei dein erster derartiger Auslandseinsatz?

Edwin Spicher: Nicht der erste, aber der grösste. Zuvor gab es einen kleinen Einsatz in Ahrweiler in Rheinland-Pfalz, wo 2021 eine Flutkatastrophe grossen Schaden anrichtete und wo wir mit unseren Suchhunden anreisten.

Man erinnert sich an die TV-Bilder. Es war dort, wo CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet seine Wahl verspielte – durch sein Lachen im Hintergrund der Rede des Bundespräsidenten. Aber verglichen mit der Erdbebenkatastrophe vom 6. Februar in der Türkei und in Syrien wirkt dieses Hochwasser – trotz gegen 200 Toten – klein. Für das Erdbeben vom Februar geht man von gegen 60 000 Todesopfern aus. Wie kommt Hilfe aus der Schweiz dorthin?

Die Schweizerische Eidgenossenschaft bietet dem betroffenen Land sofort ihre Unterstützung an; auch andere Länder tun das, die solche Einheiten unterhalten, auch bei anderen Katastrophen. Nicht immer ist die gleiche Art von Hilfe gefragt. Wenn wir nur Nahrungspakete liefern sollen, dann liefern wir Nahrungspakete. Bekanntlich ist auch in Syrien, wo das Erdbeben ebenfalls grossen Schaden angerichtet hat, kaum internationale Hilfe eingetroffen. Die Rettungskette kommt nur, wenn sie erwünscht ist. Die letzten zehn Jahre gab es für uns keine Grosseinsätze, was automatisch dazu führt, dass zunehmend in Frage gestellt wird, ob es die Rettungskette überhaupt braucht.

Vielleicht müssen wir hier kurz die Strukturen skizzieren. Was ist die Rettungskette? Was macht das Katastrophenhilfekorps?

Letzteres heisst nicht mehr so, sondern nennt sich seit längerer Zeit – unter Beibehaltung der Abkürzung – Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe. Das SKH ist an unzähligen Schauplätzen auf der ganzen Welt aktiv. In der Türkei war die Rettungskette im Einsatz; diese setzt sich aus privaten und öffentlichen sowie aus zivilen und militärischen Organisationen zusammen, darunter das SKH. Und dieser Zusammenschluss erlebt einen gewissen Rechtfertigungsdruck, wenn Einsätze längere Zeit ausbleiben. Diese Denkart liegt scheint's in der Natur des Menschen, und sie betrifft auch die Berufsfeuerwehr, wo ich arbeite.

Dabei ist das doch das Wesen der Katastrophe, das sie nicht in geregeltem

Rhythmus auftritt... Aber zurück zur Organisation bei internationalen Ereignissen: Wie genau spielt da diese Rettungskette? Und wer gehört alles dazu?

Der Einsatz und damit die 8 Partnerorganisationen stehen unter der Leitung der Humanitären Hilfe des Bundes. Sie arbeiten Hand in Hand: Die Armee stellt spezialisiertes Personal und Material, das Schweizerische Rote Kreuz liefert Hilfsgüter. Beteiligt sind auch der Schweizerische Erdbebendienst, die Rega sowie die Swiss und der Flughafen Zürich. Und Redog, das ist der Schweizerische Verein für Such- und Rettungshunde, bei dem ich auch dabei bin.

Das hört sich kompliziert an. Aber im Ernstfall muss es schnell gehen. Wie war das bei dir an jenem Montagmorgen, 6. Februar? Das erste schwere Beben gab es in den frühen Morgenstunden.

Der Alarm kam am Montagmorgen: Seid ihr ready? Dann gilt es, das Einverständnis des Arbeitgebers einzuholen, in meinem Fall eben der Berufsfeuerwehr Bern. Können die mich für 10 Tage entbehren und ersetzen? Können sie. Also heisst es: Packen. Wobei das meiste schon fixfertig parat steht. Sobald der ungefähre Einsatzort bekannt ist, kann

man überlegen, was es spezifisch braucht. Wie ist das Klima im Südosten der Türkei? Wie kalt werden die Nächte? Minus 5 Grad?

Da muss ordentlich warme

Kleidung in den Koffer; Sandalen

braucht es eher nicht, aber einen dicken Pulli. Auch ein wenig Geld in der Landeswährung wird nützlich sein. Wer drandenkt, kauft sich ein passendes Roamingpaket fürs Mobiltelefon – damit es nicht nachher eine gepfefferte Rechnung gibt. So läuft es

«Der Alarm kam früh am Montag: Seid ihr ready? Am selben Abend noch landeten wir in Adana.»

für uns Zivile. Anders sieht es bei den Militärangehörigen aus, die direkt aus ihren Durchdienstern abgeholt werden. Die kommen in Grün an und gehen in Orange; sie werden von null auf hundert in eine total andere Welt katapultiert.

Jetzt ist es ernst. Vorher hat man quasi nur «gespielt».

So ist es. 12 Uhr: definitive Bestätigung des Einsatzes. Am Montagnachmittag treffen die Leute am Flughafen Zürich ein. 18 Uhr: Einrücken dort, Verladen des Materials, erstes Briefing. 22 Uhr: Abflug mit Swiss nach Adana, das ist von den unversehrten Flughäfen jener, der dem Erdbebengebiet am nächsten liegt. Schon ein paar Stunden vor uns ist dort ein Schweizer Vorausdetachment angekommen, um die Situation zu checken und um Fahrzeuge aufzutreiben. Einzelne Mitglieder dieser «Vorhut» waren für eine Zivilschutzübung sowieso in der Türkei. Praktisch! Am Flughafen Adana muss sofort mit dem Umladen von

gen, wie sie auch auf anderen Expeditionen verwendet werden. Heisses Wasser dazu, ein paar Minuten einweichen, fertig ist das Gulasch oder der Curryreis. Fast eine Tagesration Kalorien ist in so einem Beutel drin. Wie gesagt: Ist jetzt nicht der grosse Genuss. Aber erfüllt seinen Zweck. Und ich glaube, sie tüfteln an Optimierungen. Vor Ort lässt sich vielleicht mal ein Apfel auftreiben. Ich selber habe immer ein paar Trockenwürste dabei nach dem Motto: Ohne Salsiz läuft nix! Solche Würste sind im Nürbis und stübis weggeputzt, wenn man die beim abendlichen Zusammensitzen im Lager aufschneidet und anbietet.

Da fängt man schon beinahe an, sich Lagerromantik vorzustellen.

Sollte man nicht, oder?

«Häufig liegen die Trümmer wie ein Clubsandwich aufeinander. Hat man Glück, verbleiben Hohlräume.»

ankommt, Dienstagmorgen, etwa 30 Stunden nach dem Beben. Habt ihr überhaupt mal geschlafen?

Im Flugzeug, im Bus, soweit es ging. Ich bin einer, der überall pfluosen kann. Andere waren dafür wohl zu aufgeregt.

Und jetzt? Da kommt

ihr an an dieser Stätte der Verwüstung. Leute liegen unter den Trümmern. Es eilt.

Aber irgendwie sollte man doch

nicht blindwütig, sondern nach einem System vorgehen.

Richtig. Zu Beginn ist die Chance am besten, noch Überlebende unter den Trümmern zu finden. Das gilt etwa für die ersten 3 Tage nach einem Erdbeben, je nach Temperatur (nach einer Lawine ist das Zeitfenster noch viel kleiner; da gibt es schon nach anderthalb Stunden kaum mehr Hoffnung). Unmittelbar nach dem Erdbeben – und es kamen ja immer noch Nachbeben – herrscht natürlich ein grosses Durcheinander; die Leute sind auf der Strasse oder was davon übrig ist und sehen, dass Rettungsteams im Anmarsch sind. Kommt hierher, geht dorthin, hier unten liegt mein Vater begraben! Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen, Quartier für Quartier, Strasse um Strasse. Wenn der Hund angibt, lohnt sich das Graben. Wenn nicht, müssen wir weiter. Diese Triage ist unglaublich hart, aber erstaunlicherweise kam es praktisch nie zu wüsten Szenen deswegen. Vielleicht waren die vom Unglück Betroffenen noch in einer Art Schockstarre.

Also geht's gleich los, die Teams schwärmen aus in die Stadt und retten, was zu retten ist?

Ich würde es nicht Schwärmen nennen, weil alles genau eingeteilt war und weil bei aller Dringlichkeit auch die Sicherheit der Retterinnen und Retter gewährleistet sein muss. Aber korrekt ist: Ein Teil zog sofort los, da hatten wir noch nicht einmal alles Material. Wir haben eine einfache Regelung mit 12 Stunden Schicht und 12 Stunden Ruhezeit. Es waren vor allem die Jungen, die anfangs kaum zu halten waren, die gleich



Ein Team fährt zum Einsatz...

Geräten und Material begonnen werden; wir nehmen ja – ausser Fahrzeugen und Treibstoff – praktisch alles aus der Schweiz mit, sogar Wasser für den Anfang und das Essen für die gesamten 10 Tage.

Was es da zu essen gibt, nähme mich schon noch wunder.

Tja, ein kulinarischer Höhenflug ist das nicht gerade. Wir haben Trockenfoodbeutel unterschiedlicher Geschmacksrichtungen,

aussah, siehst du auf den Bildern. Ganze Strassenzüge waren in Trümmerlandschaften verwandelt. Dazwischen stehen einzelne Häuser, die unbeschädigt geblieben sind.

Ich vermute, dass das diejenigen waren, die vorschriftsgemäss erdbebensicher gebaut wurden.

Dazu kann ich mich nicht äussern.

Wenn ich das richtig mitgeschnitten habe, ist es «jetzt», da ihr am Zielort

losstürzen wollten. Es musste aber gleichzeitig auch unser Camp aufgebaut werden; das haben einige zuerst nicht verstanden. Ich habe ihnen gesagt: Giele, luegit, wenn ihr nach 12 Stunden Lochen zurückkommt, dann seid ihr irgendetwas zwischen kaputt und tot. Dann könnt ihr nicht noch ein Zelt aufstellen. Dann seid ihr froh, wenn wir das schon aufgebaut haben inzwischen und ihr in einen Schlafsack kriechen könnt, der dort schon ausgerollt ist.

Du warst also bei jenen, die das Camp errichtet haben.

Ja, ich war als Deputy Head Mat am Anfang mit dem Aufbau beschäftigt (später dann zuständig für alles, was im Lager nicht wie gewünscht funktionierte). Aber ich war dann schon auch selbst «draussen». Und man hat natürlich auch gehört, was unsere Leute erzählten, die vom ersten Einsatz zurückkamen. Wie hart das ist, jemandem sagen zu müssen: Schauen Sie, unser Hund gibt nicht an, der zweite Hund auch nicht, wir haben kein Lebenszeichen. Und auch wenn Sie sicher sind, dass Ihre Grossmutter in diesem Haus war, können wir hier nicht verweilen, weil vielleicht im nächsten Haus jemand ruft oder klopft, oder die Hunde haben jemanden erschnüffelt. Dann müssen wir uns auf das konzentrieren, was mit grösserer Wahrscheinlichkeit Erfolg hat.

Ich stelle mir das extrem schwierig vor.

Zumindest unsere Teams hatten nicht gross Ärger deswegen. Die meisten Einheimischen waren trotz der Extremsituation ausgesprochen freundlich zu uns,

... mit Glück bleiben Hohlräume...



... wo die Trümmer wie ein Sandwich geschichtet sind...

dankten tausendmal, dass wir überhaupt gekommen seien, boten uns Tee an.

Suchhunde sind das A und O, wenn man Überlebende finden will. Welche Hunderassen kommen da zum Einsatz? Der Chihuahua eher nicht, oder?

Der Hund, auch der Chihuahua, hat nun einmal die zigfach bessere Nase als der Mensch. Der vertrauen wir. Die Grösse des Hundes spielt dabei nicht so eine wichtige Rolle. Es kommen auch kleinere Hunde zum Einsatz wie Pinscher oder Terriers, aber natürlich auch grössere. Etwa der Malinois, die Kurzhaarvariante des Belgischen Schäferhundes. Ein kleiner Hund schlüpf vielleicht da und dort noch zwischen zwei Trümmerteilen durch, wo der grosse nur die Nase dranhalten kann. Dafür muss man den kleinen vielleicht mal irgendwo hinaufklüpfen, aber das zeigt er ja an, indem er auf seine Hinterscheichli steht.

Nehmen wir an, der Hund signalisiert, dass unter den Trümmern noch Leben ist... Was passiert dann?

Dann muss man überlegen, wie man am besten rankommt, und dabei im Auge behalten, dass man sich selbst nicht gefährdet. Wie sind die Trümmer geschichtet, wo könnte der

oder die Überlebende sein? Kommen wir irgendwo seitlich ran? Am sichersten ist meist der Zugriff von oben. Häufig liegen ja die einzelnen Decken des eingestürzten Gebäudes wie ein Clubsandwich aufeinander, und wenn man Glück hat, sorgen Möbel oder nicht vollständig eingedrückte Trägereile dafür, dass es dazwischen Hohlräume gibt, in denen Menschen überleben können. Je nach Art des Gebäudes kommen unterschiedliche Teams zum Einsatz. Das «Team heavy» kann 50 Zentimeter Beton und 5 Zentimeter Stahl durchbrechen. Okay, wir benötigen dazu natürlich Gerät, ziemlich schweres Gerät sogar.

Man kommt näher; es bestätigt sich, dass jemand unter den Trümmern ist.

Wo immer möglich versucht man natürlich, direkten Kontakt mit den Verschütteten aufzunehmen. Wenn es mit Rufen nicht geht, bekommt man vielleicht Antwort auf ein Klopfzeichen oder hört ein Scharren. Es ist verrückt, wie die Emotionen hochschnellen, wenn klar wird: Hier ist jemand am Leben. Wir geben ja eh schon Vollgas, aber in diesem Moment geht der Turbo an. Unsere Teams haben in diesen 10 Tagen 11 Menschen lebend aus den Trümmern gezogen. Das ist jedesmal ein Ereignis von ungeheurer Wucht. Es war ja so: Eines unserer Teams hatte erst am 6. Tag nach dem Beben die erste Lebendrettung; du kannst dir nicht vorstellen, was das für ein Kick war. Man ist

fokussiert, konzentriert, leistungsfähig bis aufs Äusserste, dann hat man Erfolg und badet einen Moment in einem unerhörten Glücksgefühl. Aber das hält nicht an. Darum ist es wichtig, dass man geregelt arbeitet, dass man Ruhezeiten hat, in denen man genug schlafen kann. Sogar Duschen hatten wir aufgebaut, das hatten nicht alle Teams. Und da klopfen dann prompt auch andere Nationen bei uns an, ob sie mal duschen dürften. Natürlich durften die das.

Manchmal hilft ja auch reden.

Aber hallo. Viele hatten, wenn sie vom Einsatz zurückkamen, das starke Bedürfnis zu erzählen, was sie gesehen und erlebt hatten, die Bilder zu teilen und zu hören, dass es den anderen ähnlich geht. Es hat sich rasch



...wo Überleben möglich ist...

gezeigt, dass eine gewisse Erfahrung bei solchen Einsätzen wertvoll ist. Wir Älteren wurden von den Jüngeren ganz gezielt aufgesucht, uns vertrauten sie sich an. Von den Jüngeren waren einige psychisch wirklich am Anschlag; sie trainieren in der Armee gewiss alles Mögliche, aber was sie hier sehen, ist das echte Leben und der echte Tod, das kann man eben nicht üben, auch wenn ich sagen würde: Eine gewisse mentale Vorbereitung ist möglich. Aber auch das Alter macht einen Unterschied. Ein alter Kämpfer aus der Berufsfeuerwehr oder eine erfahrene Notärztin sind schon mal auf Schauplätzen gewesen, wo es Tote gegeben hat. Aber so ein ganz junger Purscht kennt das vielleicht nur aus dem TV-Krimi oder dem Videospiel. Der kann schon mal aus der Spur geraten. Dabei kommt's auch zu Überraschungen: Da gab

es eher schwächliche junge Männer, wo ich spontan gedacht habe: Sind die hier am richtigen Ort? Mögen die das prästieren? Wo ich dann sagen musste: Chapeau, die haben sich mehr reingekniet und mehr weggesteckt als andere, die am Anfang vielleicht mit breiter Brust und grossen Tönen einmarschiert sind. Die meisten haben wir auffangen können, eben durchs Zuhören, durch Gespräche; nur vereinzelt gab es mal jemanden, wo wir sagen mussten: Den kannst du heute nicht rauslassen, den behalten wir im Camp und schicken dafür einen aus der Küche raus, der ja auch über die notwendige Ausbildung verfügt. Am letzten Einsatztag sind zwei Psychologen aus der Schweiz angereist, die mit allen Teams ein Debriefing

gemacht haben und die auch nach dem Einsatz mit allen Mitgliedern in Kontakt geblieben sind – um sicherzugehen, dass niemand in eine posttraumatische Belastungsstörung schlittert, aber auch um zu sagen: Es ist ganz normal, dass es dir zwischendurch scheisse geht, jetzt, wo alles vorbei ist, das Grässliche, aber auch das Hochgefühl des Rettens. Und um zu sagen, dass Alkohol zwar entspannend wirkt, aber auf Dauer vielleicht nicht die optimale Bewältigungsstrategie darstellt.

Ihr habt 11 Menschen lebend aus den Trümmern gezogen.

Ist das viel? Ist das wenig?

Man kann das verschieden anschauen, da hast du recht. Man kann sagen:

190 internationale Teams waren vor Ort, die 250 Lebendrettungen machen konnten. Davon 11 die Schweiz – also eine überproportionale Quote. Natürlich ist das trotzdem wenig angesichts der 58 000 Toten dieses Erdbebens. Und doch: Diese 11 Menschen haben dank unseren Teams ein neues Leben, ohne uns wären sie irgendwo zwischen den Trümmern elend verdurstet oder erfroren oder erstickt. Zwei besondere Fälle möchte ich erwähnen, die uns allen nahegingen: Unsere vierte Lebendrettung war ein 15-jähriger Junge. Sein rechter Arm war dermassen fies eingeklemmt und zerquetscht, dass

wir ihn amputieren mussten, um den Buben herausholen zu können. Trotzdem war das ein überwältigendes Glück für die Familie, als sie den vermissten Sohn wieder in die Arme schliessen konnten. Wenig später haben wir eine Mutter und ihr kleines Baby ausgegraben, das war ebenfalls am dritten Tag nach dem Erdbeben. Die hatten in einer Nische überlebt. Das war ebenfalls ein extrem bewegender Moment. Hier war das Tragische, dass Mutter und Kind, die wir zusammen aus den Trümmern gezogen hatten, auf dem Weg ins Spital voneinander getrennt wurden; niemand weiss genau, wie das passieren konnte, aber es geht halt viel durcheinander in solchen Situationen. Es hat mehrere Wochen gedauert und brauchte einen DNA-Test, um die beiden wieder zusammenzuführen. Das war dann aber lange nach unserer Abreise. Unser Einsatz war ja fix für 10 Tage geplant; nach uns war ein Sofort-Einsatzteam des SKH vor Ort. Auch andere internationale Teams kamen an. Lebendrettungen wird es da wohl nur noch wenige gegeben haben. Aber man muss ja, auch wenn das arg ist, auch die Toten bergen, muss sie identifizieren und bestatten.

Fast 80 Leute waren in der Schweizer Delegation, die sich nur zum Teil kannten und die einer extremen Belastung ausgesetzt waren. Funktioniert das?

Ich möchte jetzt nicht unbedingt mit allen, die dabei waren, eine fünfwöchige Ferienreise machen. Aber für diese 10 Tage hat das sehr gut funktioniert, weil wir alle das gleiche Ziel hatten. Weil klar war: Es geht hier nicht um uns. Weil wir wussten: Dem Menschen sind durch die Evolution bei Stress und Gefahr drei Verhal-

tensvarianten gegeben:

Kampf, Flucht oder Schockstarre. Wir haben die erste Variante gewählt. Aber wir kämpfen besonnen. Aus meiner Sicht ist es entscheidend, dass man sich

«Wenn man auf Leben stösst, ist das jedesmal ein Ereignis, ein unerhörter Kick.»

kümmert. Dass man einerseits zu sich selber Sorge trägt, genug isst, genug trinkt, genug schläft. Und dass man auch schaut, wie es den anderen geht, dass man ein offenes Ohr hat, wenn jemand eine Krise schiebt und Redebedarf hat.



... und wo der Moment der Lebendrettung...

Wie siehst du diesen Einsatz aus der Distanz von ein paar Monaten? Von einer schönen Erinnerung wird man wahrscheinlich nicht sprechen können.

Nein, dafür gab es einfach zu viel Grauen und Leid. Es ist aber auf jeden Fall eine spezielle Erfahrung, die ich da machen durfte. Ich würde auch sagen, dass einen das persönlich weiterbringt, wenn man es gut verarbeiten und einordnen kann, wenn man nicht in ein Hadern kommt mit der Welt oder der Menschheit. Es ist schrecklich, dass solche Naturkatastrophen geschehen. Und es ist traurig, dass wir Menschen so wenig aus Fehlern lernen. Oder dass das, was wir jeweils lernen, so schnell wieder vergessen geht oder durchkreuzt wird...

Und dass man zu den Naturkatastrophen noch menschengemachte hinzufügt...

Ein bisschen Stolz, das gebe ich zu, ist auch dabei: Auch wenn es nicht wahnsinnig viel war, was wir tun konnten – wir haben es getan.

Fast genau so hat es Erich Kästner gesagt: «Nichts gibt es Gutes, ausser: Man tut es.» Als wir am Flughafen Zürich ankamen, wurden wir richtiggehend gefeiert. Das wärmt das Herz. Aber das Beste an der Rückkehr

war eigentlich, dass es wiederum ein Essen gab, das nicht aus dem Beutel kam... Jetzt im Ernst: Das Allerwichtigste ist, glaube ich, die Menschen spüren zu lassen, dass sie nicht allein sind.

Denen ist Schreckliches geschehen, sie haben Angehörige verloren oder ihr Haus oder ihre Habe oder alles zusammen.

Und dann kommt immerhin jemand, ihnen beizustehen. Irgendwie hat auch diese Geste als solche eine Bedeutung. Es ist schwer, das in Worte zu fassen. Natürlich ist es eine Scheisserfahrung. Es ist schlimm, was da alles zerstört wird und wie es den Menschen dreckig geht. Positiv sehe ich unser Zusammenwirken vor Ort, dass wir ohne Animositäten

unseren Job gemacht haben. Auch zwischen den internationalen Teams war die Hilfsbereitschaft gross. Uns gingen die Sägeblätter aus, also habe ich bei den Nachbarn gefragt, ob sie noch welche vorrätig hätten. Kein Problem! Oder: Wir hatten keinen Tierarzt dabei, und einige von unseren Hunden hatten sich Schnittverletzungen zugezogen. Einer hatte sogar eine richtig tiefe Wunde. Also wird nationenübergreifend gefragt, ob mal ein Tierarzt bei uns vorbeischauen könnte. Auch das hat geklappt, und unsere Hunde wurden nach allen Regeln der Kunst verarztet. Man hat geholfen und ausgeholfen, vollkommen unbürokratisch.

Und die türkischen Behörden?

Wir trafen auf offene Türen. Die Einreise beim Zoll ging schlank. Auch später vor Ort war die Zusammenarbeit prima. Als ich die Bitte um Wasser vorbrachte, fuhr wenige Stunden später ein Tankwagen mit Trinkwasser auf unserem Camp vor. Später konnten wir dann Wasser aus einem nahen Fluss aufbereiten. Bestellten wir Diesel, kam Diesel. Die Leistungsfähigkeit des türkischen Zi-

vilschutzes hat mich überhaupt beeindruckt. Dass die so viele Zelte haben! Die konnten im Nu ganze Zeltstädte aufbauen, was aber auch – für die vielen Obdachlosen – notwendig war. Und was für eine Menge von Kran-

wagen da unterwegs war, wohl aus der halben Türkei.

Im Gegenzug haben wir nachher alles mitgebrachte Material, das dort

noch irgendwie von Nutzen sein konnte,

im Land gelassen: Zelte, Schlafsäcke, Medizin... Das Leben geht irgendwie weiter für die, die überlebt haben. Auch für die 11, die wir aus den Trümmern gezogen haben. Allerdings ist auch klar: Es muss alles Menschenmögliche unternommen werden, um die Folgen weiterer Beben abzuschwächen. Und es wird welche geben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, grad in dieser Region und bis nach Istanbul.

Ich darf im Schlusswort deutlicher werden: Der grösste Teil dieser 58000 Menschen wäre noch am Leben, wenn man im Erdbebengebiet konsequent erdbebensicher gebaut hätte. In diesem Punkt muss die Welt von Japan lernen, wo es – abgesehen von indirekten Folgen wie in Fukushima – trotz regelmässiger schwerer Beben kaum mehr Erdbebenote gibt.

... für alle Beteiligten hochemotional ist.



«Zurück in Kloten wurden wir regelrecht gefeiert. Aber das Beste daran war, wiederum was Gutes zu essen.»



Privatisierung verhindert: Stadt Tübingen.

Tübingen: Der Müll bleibt hier

Ein breites Bündnis, darin führend: Verdi, hat im schwäbischen Tübingen die Müllabfuhr vor der Privatisierung bewahrt – einstweilen. Die 21 Beschäftigten bleiben kommunal angestellt, die Entsorgung von Bioabfall, Rest- und Sperrmüll sowie von Grüngut liegt weiterhin in städtischer

Hand. Das hat der Gemeinderat entschieden – nach Wochen des Protests, in dem sich auch viele Privatpersonen sowie lokale Vereine engagiert hatten. Sie befürchten, dass bei einer europaweiten Ausschreibung die Qualität der Dienstleistung litte. Auch war absehbar, dass die bisherigen Beschäftigten, wenn sie überhaupt übernommen würden, zu schlechteren Löhnen und Bedingungen arbeiten müssten. Der Slogan «Privatisierung ist Müll» führte zum Erfolg, den Benjamin Stein, Verdi-Geschäftsführer Fils-Neckar-Alb, so kommentiert: «Wieder einmal zeigt sich, dass falsche politische Pläne veränderbar sind, wenn wir gemeinsam aktiv werden.» | *verdi* (Foto: Berthold Werner/Wikimedia CC)

Pflegeheime vermieten

Mit der Vermietung von Pflegeheimimmobilien hat sich ein neuer parasitärer

Geschäftszweig herausgebildet. Dies berichtet der EGÖD, der Europäische Gewerkschaftsverband öffentliche Dienste, auf der Grundlage einer Untersuchung von Cictar, dem *Centre for International Corporate Accountability and Research*. Demnach erzielen private Immobiliengesellschaften enorme Renditen, indem sie Pflegeheime bauen oder aufkaufen und sie an die Betreiber (zurück)vermieten. Vor allem belgische Konzerne sind aktiv. Sie zahlen kaum Steuern; gleichzeitig hängen ihre Gewinne zu einem grossen Teil von Subventionen der öffentlichen Hand ab. Jan Willem Goudriaan, EGÖD-Generalsekretär, fragt sich, wie es sein kann, dass man mit dem Besitz von Pflegeheimen Gewinn erzielen kann, während die Pflegesysteme in ganz Europa unterfinanziert sind. «Die Regierungen müssen verhindern, dass durch Spekulation Gewinne aus dem System ge-

Wirtschaftslektion Unser bester Freund

«Fachkräftemangel» ist momentan die Hauptsorge Nummer eins der Firmen. Für die Arbeitnehmenden ist das eine Chance. Wenn die Arbeitgeber dringend Personal suchen, ist der Zeitpunkt für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen gekommen. Der Arbeitskräftemangel ist deshalb wohl der beste Freund der Gewerkschaften. Wenn Arbeitskräftemangel herrscht, wechseln viel mehr Arbeitnehmende freiwillig ihre Stelle, um einen anderen Job mit mehr Lohn, interessanterer Arbeit oder passenderen Arbeitsbedingungen anzutreten. In den guten Konjunkturjahren 2000 bis 2002 wechselten rund 5,5 Prozent der Erwerbstätigen freiwillig in eine andere Stelle. In den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2009/2010 waren es hingegen nur knapp 3 Prozent.

Die Arbeitgeber müssen ihre Arbeitsbedingungen verbessern, um attraktiv zu sein, damit sie neue Arbeitnehmende finden und anstellen können. Gleichzeitig müssen sie die Arbeitsbedingungen für das bestehende Personal im Auge behalten, damit niemand kündigt. Natürlich sind nicht alle Arbeitnehmenden gleich mobil. Während jüngere, ungebundene relativ einfach wechseln können, ist es für ältere Arbeitnehmende oder Eltern etwas schwieriger. Weil sie ent-

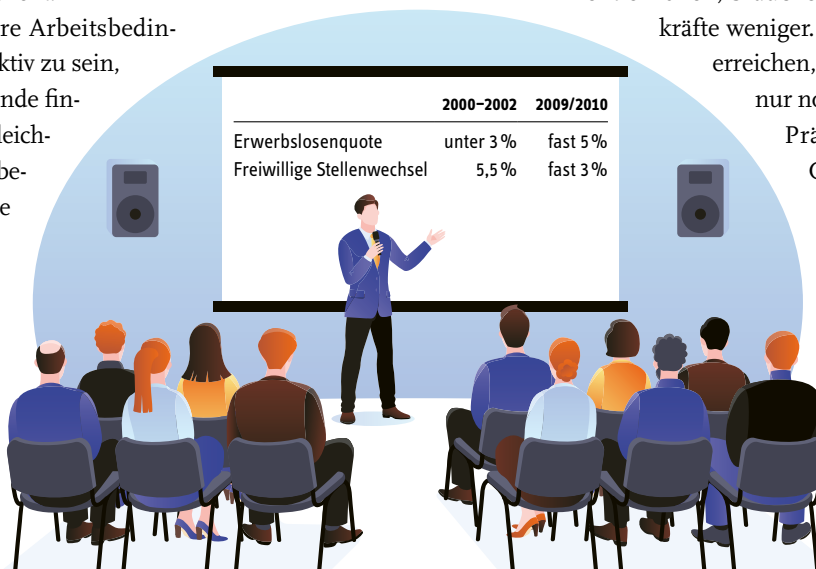
weder weniger gesucht sind oder weil sie aufgrund der Kinder nicht so einfach den Arbeitsort wechseln können.

Die Gewerkschaften können sich aber diese positive Dynamik zunutze machen – indem sie nämlich in den Gesamtarbeitsverträgen oder in den einzelnen Betrieben die Löhne und Arbeitsbedingungen insgesamt verbessern. Dann profitieren nicht nur die mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern alle.

Es gibt Arbeitgeber, welche die Leute mit dem Argument des Arbeitskräftemangels verunsichern. Wenn sie kein Personal mehr fänden, drohten wirtschaftliche Schäden für alle. Das ist völlig übertrieben. Wenn die Firmen die Produktivität bloss um 1 Prozent erhöhen, brauchen sie bereits 50 000 Arbeits-

kräfte weniger. Das könnte man wohl schon erreichen, wenn künftig landauf, landab nur noch die Hälfte der Powerpoint-Präsentationen erstellt würde.

Oder die Firmen reduzieren die Zahl der Chefs, wodurch nochmals rund 50 000 bis 100 000 produktive Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Heute kommt 1 Chef auf 10 Arbeitnehmende – gegenüber 1 zu 15 im Jahr 1990. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom* (Illustration: Volodymyr Kryshchuk/iStock; Quelle: BFS, SGB)



saugt werden», sagt Goudriaan. Stattdessen müssten genügend Mittel für die Löhne der Beschäftigten und für die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner bereitgestellt werden. | *egöd*

Überlastete Feuerwehren warnen

Es war grad mal wieder Hitzewelle in weiten Teilen Europas, als sich im Juni Feuerwehrleute aus 15 Ländern in Stockholm trafen. Sie alle sind Mitglied einer Gewerkschaft unter dem Dach des EGÖD. Und sie haben eine Botschaft: «Die Feuerwehren auf dem gesamten Kontinent sind überlastet, und wenn keine grundlegenden Änderungen durchgesetzt werden, werden sie nicht in der Lage sein, die kommenden Herausforderungen zu bewältigen.» Die angeblich «beispiellosen» Jahre mit hohen Temperaturen, Dürreperioden und grossflächigen Waldbränden häufen sich – und

damit nimmt auch die Gefahr für Gesundheit und Leben der Feuerwehrleute zu. Vierterorts wurden in den letzten Jahren die Feuerwehren nicht etwa ausgebaut, sondern im Gegenteil reduziert. So hatte die Region Bordeaux vor 10 Jahren noch 36 besoldete Feuerwehrleute, heute sind es 31. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Einsätze um fast 40 Prozent erhöht. Auch in Italien und im Vereinigten Königreich wurden die Berufsfeuerwehren in den letzten Jahren stark ausgedünnt. | *egöd/slt* (Marcus Millo/iStock)

Klima-Ja heisst auch Solidarität

Die Zustimmung zum Klimaschutzgesetz wird von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auch als Zeichen der Solidarität der Schweiz mit dem globalen Süden gewertet: Swissaid etwa erinnert daran, dass die Folgen der Klimakrise in südlichen Ländern besonders deutlich spürbar sind:



Gefahrenstufe rot: Waldbrände in Europa.

«Extreme Wetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen treten dort intensiver und häufiger auf und gefährden den Zugang zu Nahrungsmitteln.» Just in diesen Regionen ist der Treibhausgasausstoss gering. Der ganze Kontinent Afrika etwa verursacht lediglich 3 Prozent der weltweiten Emissionen. | *pd*

Wer war's? Gesucht: Held:in (80–100%)

«Wehe dem Land, das Helden nötig hat», sagte Brecht. Im 19. Jahrhundert war's umgekehrt: Nationalstaaten waren auf der Suche nach heroischem Personal. Fast überall waren das Männer. Nur in Frankreich fand man mit der Jungfrau von Orléans eine Frauenfigur mit allseitigem Identifikationspotenzial. Deutschland besann sich auf noch grauere Vorzeit: Wo wenig überliefert ist, haben Phantasie und (Um-)Deutung leichtes Spiel. So stilisierte man die Schlacht am Teutoburger Wald (im Jahr 9 u. Z.) zum Abwehrkampf gegen römische Besatzung. Aus Arminius ward Hermann der Cherusker, der in den zähen Wehen der deutschen Staatswerdung im 19. Jahrhundert gute Dienste leistete, zunehmend allerdings chauvinistisch gegen alles «Welsche» vereinnahmt wurde.

Hermanns Gattin Thusnelda erlebte ihren Ruhm später, dafür anhaltend im gesamten Sprachraum: Als «Tussi» wurde sie ohne belastbaren Beweis zur Stammutter der allzu sehr auf ihre äussere Erscheinung bedachten Frauen. Was aber sollte die Schweiz tun? 1848 war sie der erste einigermassen demokratisch verfasste Staat Europas, hatte soeben einen – wenn auch vergleichsweise behutsamen – Bürgerkrieg hinter sich sowie eine Vorgeschichte, die sich nur schwer auf einen Nenner bringen liess. Im neuen Bundesstaat waren einstige Vögte und einstige Untertanen vereint. In den Söldnerheeren hatte man sich eh über Jahrhunderte gegenübergestellt.

Woher einen Mythos nehmen? Bekanntlich hat ein Terrorist und Guerillakämpfer das Rennen gemacht: Wilhelm Tell. Die Alternative, die ebenfalls als Nationalheld im Gespräch war, suchen wir hier. Geburts- und Todesdatum liegen vor unserer Zeitrechnung, der grösste Erfolg des Fraglichen ausserhalb der Landesgrenzen: der vernichtende Sieg einer Allianz aus Tigurinern, Teutonen &

Co. gegen das römische Heer. Fast wie bei Hermann. Aufs Jahr 107 v. u. Z. wird das Geschehen datiert, an den Ufern der Garonne wird es verortet. Überliefert ist, dass die siegreichen Helvetier die Überlebenden der Römerarmee unters Joch zwangen.

Conrad Ferdinand Meyer – man hätte ihm mehr Sensibilität zugebraut – berauscht sich förmlich an dieser Demütigung. Sein Gedicht «Joch am Léman» ist ein (zudem geografisch falsch platziertes) Triumphgeheul: «Sich durchs Joch zu bücken / krümmt jetzt das erste Römerpaar den Rücken, / und gellend lacht das Alpenkind.» Wie hiess der Mann, der Rom solche Schande zufügte und der im 19. Jahrhundert mit Tell um die ultimative CH-Ursprungslegende buhlte? Für einmal reicht der Vorname; mehr gibt's auch nicht. Einsendungen können traditionell – VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich – oder elektronisch – redaktion@vpod-ssp.ch – übermittelt werden. Es winken Gewinne: Büchergutscheine im Gesamtwert von 170 Franken. Wegen der Sommerpause darf bis 22. August gerätselt werden. | *slt*

Es war Hans Rosenthal

«Sie sind der Meinung: Das war Spitze!», pflegte Moderator Hans Rosenthal zu rufen. Dann löste er sich vom Erdboden und verharnte, sobald die Technik das zulies, sekundenlang in der Luft. Sein Quiz «Dalli dalli» lief von 1971 bis 1986. Dass Hans Rosenthal als Jude eine Art Anne-Frank-Schicksal mit glücklichem Ausgang hatte, war kaum bekannt: Er überlebte die Nazizeit versteckt in einem Schrebergarten in Berlin. Die Büchergutscheine schicken wir an Andreas Tschöpe (Kehrsatz), Ueli Tschamper und Angelika Marti (beide Basel). | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 24. Juni 2023

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im «Falken» in Zürich getagt und hat

- Olivia Kron, Mitarbeiterin des Zentralsekretariats und persönliche Assistentin der Generalsekretärin, mit besten Wünschen für ihre neuen beruflichen Herausforderungen verabschiedet.
- die Rechnung 2022 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen (Verbandsrechnung und Finanzierungsfonds) genehmigt, ausserdem den Finanzplan 2024/25 sowie die Berichte über die 3 VPOD-Stiftungen und die Kollektivkrankenkasse zur Kenntnis genommen.
- im Rahmen des Sparprogramms Statutenänderungen zuhanden des Kongresses auf den Weg gebracht: eine Verringerung der Zahl der Kongressdelegierten von 300 auf 200 und eine Reduktion der statutarisch notwendigen Zahl an Delegiertenversammlungen: mindestens zweimal jährlich in physischer Form.
- das Positionspapier «Wohin bewegt sich der VPOD?» ohne Beschluss zu den eingegangenen Änderungen an den Landesvorstand zurückgeschickt; eine Diskussion wird erst möglich sein, wenn alle Anträge und Stellungnahmen übersetzt sind.
- von der Ankündigung einer weiteren Kandidatur für das VPOD-Präsidium durch die Region Bern Kanton Kenntnis genommen: Natalie Imboden, Nationalrätin Grüne, wird in den kommenden Wochen von ihrer Region ordentlich nominiert werden.
- Berichte aus verschiedenen Landesteilen über den erfolgreichen Feministischen Streik gehört.
- auf Antrag der Verbandskommission Migration der Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» der Aktion Vierviertel die ideelle Unterstützung des VPOD zugesichert.

Natascha Wey, Generalsekretärin

Rote Köpfe

Michela Bovolenta, langjährige VPOD-Zentralsekretärin in Lausanne, hatte ihren grossen Auftritt am Feministischen Streik – und am Tag danach in *Le Temps*, wo sie als «eine der treibenden Kräfte hinter dem Streik»

gezeigt wurde. Die Zeitung würdigt die hartnäckige Arbeit Bovolentas für die Sache der Frauen und begleitet sie am 14. Juni in Lausanne: «Michela Bovolenta



steht in einer Ecke, hat eine Streikmütze montiert und trägt bis zu den Fingernägeln Lila; sie klatscht und schwingt die Hüften zur Musik.» Der Kollegin, so *Le Temps*, gehe es dabei auch um den Streik im Wortsinn, selbst wenn es kleine Aktionen seien: «C'est certainement moins spectaculaire, mais c'est essentiel.» (Foto: Eric Roset)

In der **WOZ** heisst es über die Berner Feministische Demo: «Auf dem Bundesplatz endlich angekommen, ist die Stimmung beinahe euphorisch.» Dieser Satz ist ein Fall für die **WOZ**-News: Wereliweer oder wase-liwaas ist auf dem Bundesplatz angekommen? Und wie war die Stimmung vorher, als sie noch in den Zubringerstrassen unterwegs war? Rasch weiter im Text: «Das fette Unia-Logo auf der violetten Faust, die über allem schwebt, hätte man sich trotzdem gerne sparen können. So viele unterschiedliche Gruppen, Kollektive, Organisationen, Freundeskreise sind an diesem Tag dabei, haben im Vorfeld mobilisiert – diese Dezentralität und Vierteiligkeit zu feiern, statt ihnen ein einziges Label aufzudrücken, wäre ein schöneres Zeichen gewesen.»

Gabriel Meier, VPOD-Regionalsekretär Zürich, hängt seine VPOD-Jacke an den Nagel, um sich auf sein Jus-Studium zu konzentrieren. Die Nachfolge bei Zürich Kanton – und zugleich jene des nun definitiv in Pension gehenden Roland Brunner – tritt **Stephanie Fuchs** an. Sie hat zwar nicht direkt mit Gewerkschafts-, wohl aber mit Verbandsarbeit Erfahrung: 12 Jahre war sie



Geschäftsleiterin der VCS-Sektion beider Basel. Konflikt, Dialog, Kompromiss, Kampagne, Petition, Initiative, PR: Das alles sind für sie keine Fremdwörter. Humor übrigens auch nicht: «Gut, dass ich Schuhgrösse 41 in Form klobiger Modelle trage – so versinken meine Füsse nicht in den Abdrücken meiner Vorgänger...» (Foto: Marion Nitsch)

Ein Zopf ist das Markenzeichen des Nachfolgers im Sekretariat von Zürich Lehrberufe: Dort musste Julia Maisenbacher ersetzt werden, die als Gleichstellungssekretärin zum SGB gewechselt hat. **Jonas Keller** war

im universitären Mittelbau tätig und im VPOD und in der SP längst schon engagiert. Jetzt tritt er seine eigentliche Wunschstelle an: Während Kollege Fabio



Höhener alles betreut, was schulisch «obligatorisch» ist, hat Keller die Zuständigkeit für den gesamten Rest inne (von Mittel- und Berufsfachschule bis zu den Musikschulen). Er ist übrigens Doktor der Linguistik, hat viele Jahre Deutsch für Erwachsene unterrichtet und im Rahmen seiner Skandinavistikstudien ein Jahr in Reykjavík gelebt. Für unsere isländischsprachigen Mitglieder ist er also Anlaufstelle Nummer 1! (Foto: zVg)

Auch beim «Klassenfeind» tut sich was: **Valentin Vogt**, seit 12 Jahren Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV), tritt ab. Vogt zählt die Ablehnung des nationalen Mindestlohns und von 6 Wochen Ferien zu seinen Greatest Hits – muss er ja wohl. Bei anderen Themen bot er durchaus Hand zu fortschrittlichen Lösungen, etwa beim BVG-Sozialpartnerekompromiss. Am Nachfolger ist bemerkenswert, dass erstmals ein Vertreter des tertiären Sektors an der Spitze des SAV steht: **Severin Moser**



stammt aus der Versicherungsbranche und hat bei der Winterthur (heute Axa) und bei der Allianz gearbeitet. Vorher war er Leichtathlet: Als Zehnkämpfer nahm er 1988 in Seoul an den Olympischen Spielen teil. Er wurde 27., und zwar mit folgenden Ergebnissen: 11,10 Sekunden über 100 Meter; 48,63 Sekunden über 400 Meter; 4 Minuten 21,90 Sekunden über 1500 Meter; 15,13 Sekunden über 110 Meter Hürden; 6,98 Meter im Weitsprung; 1,85 Meter im Hoch- und 4,70 Meter im Stabhochsprung; 12,69 Meter im Kugelstossen; 38,04 Meter im Diskus- und 49,52 Meter im Speerwurf. Seine Stärke war also das Laufen, die Schwäche das Werfen. Mal gucken, wie sich das in seinem Amt auswirkt. (Foto: Rob Lewis/SAV)

Das Kurzgutachten bestätigte, dass trotz teurerer Menüpreise keine Rechtsungleichheit vorliegt

Gerechte Gerichte

Wegen einer erheblichen Preiserhöhung in der Kantine wollte B. wissen, ob eine Diskriminierung vorliege. Das Kurzgutachten des Vertrauensanwalts verneinte das. Allenfalls könne die Ombudsstelle helfen.

| Text: Sabine Braunschweig (Foto: andres/iStock)

Auch Essen ist wichtig – und die Preise und Vergütungen. Die Idee hinter der Verpflegungsvergütung für Angestellte: Jene, die sich nicht in einer Betriebskantine verpflegen können, sollen einen Zustupf ans Essen bekommen. Allerdings nur dann, wenn sie wegen des Arbeitswegs oder wegen der Arbeitszeiten zum Auswärtsessen gezwungen sind. Bei Einführung, 1973, herrschte noch das traditionelle Modell, wo die Hausfrau und Mutter um 12 Uhr das Mittagessen auf den Tisch stellt.

Wegen der immer flexibleren («englischen») Arbeitszeiten (mit kurzer Mittagspause) wurde die Vollzugsverordnung zum Personalgesetz seither mehrmals revidiert. Grundsätzlich haben heute all jene, die nicht die Möglichkeit zur Verpflegung in der vergünstigten Kantine haben, Anspruch auf einen monatlichen Verpflegungsbeitrag.

Kollege B. arbeitet als Laborant an einer Bildungsinstitution. Während der Schulzeit kann er sich mittags in der Schulkantine verpflegen. In den Schulferien erhält er, weil die Kantine geschlossen ist, Lunchchecks. Sie entsprechen einer Essensverbilligung um 5.75 Franken pro Arbeitstag.

Deutliche Mehrkosten

Als die Kantinenbetreiberin ihre Menüpreise deutlich – um rund einen Drittel – anhub, musste B. nach eigenen Berechnungen jährliche Mehrkosten von 500 Franken selber tragen. Er wollte sich deshalb beim VPOD vergewissern, ob das alles seine Ordnung habe. Der VPOD-Vertrauensanwalt erhielt den Auftrag, ein Kurzgutachten über die Kanti-

*Teures Essen?
Kantinenbetreiberinnen haben einen gewissen Gestaltungsspielraum.*



In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtsabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Der Anwalt stellte fest, dass zwei Vergütungssysteme nebeneinander existierten: die «eingepreiste» Verbilligung in der Kantine und die Abgabe von im Restaurant zu verwendenden Checks. Das entspricht der Vollzugsverordnung. Allerdings sind die Vergünstigungen unterschiedlich, weil die Preise durch die Betreiber und durch das Angebot bestimmt werden, wie die Bildungsdirektion auf Nachfrage erläuterte. Zwar werde eine Harmonisierung angestrebt, aber in der Preisgestaltung bestehe für die Anbieter Spielraum. Unterschiedliche Unkostenstruktur, unterschiedliche

nenpreise zu erstellen. Dieses sollte zeigen, ob gegen gesetzliche Normen verstossen werde oder ob rechtsungleiche Behandlung vorliege. Letzteres bezieht sich auf Art. 8 der Bundesverfassung, der die rechtliche Gleichbehandlung statuiert, die natürlich auch für die Besoldung im öffentlichen Dienst gültig ist.

Grösse der Lokale, unterschiedliche Betriebskonzepte – das alles können sachliche Gründe für abweichende Preise sein. Die Auffindung von nicht erkläraren Preisunterschieden dürfte äusserst schwierig sein.

Verfassung als breite Strasse

Weiter prüfte der Anwalt, ob eine Verletzung von Artikel 8 Absatz 1 der Bundesverfassung vorliege. Auch wenn es sich hier nicht um Lohn, sondern um eine Lohnnebenleistung handle, gelte der Grundsatz der Rechtsgleichheit. Dass ein Gericht im Vorliegenden allerdings eine Ungleichbehandlung sehen würde, sei höchst unwahrscheinlich. Auch bei vorsichtig geschätztem Lohn gehe es um eine Preisdifferenz von maximal 0,5 Prozent des Jahreslohns. Wegen einer so geringen Summe werde kein Gericht eine Ungleichbehandlung annehmen. Fast poetisch schrieb der Anwalt: «Die Bundesverfassung ist eine weite Strasse mit Leitplanken und kein schmaler Grat, wo 1 Zentimeter Abweichung zum Absturz und zur Rechtsungleichheit führt.» So empfahl er B., sich an die Ombudsstelle zu wenden. Dort behandle man Fälle, die ungerecht, aber nicht rechtswidrig sind.

Strassenhändlerinnen, Rikschafahrer, Plattformarbeiterinnen: Informell Beschäftigte in Asien schliessen sich zusammen

Prekäre aller Länder...

Während die formelle Wirtschaft Asiens zunehmend dem Outsourcing zum Opfer fällt, erheben die informell Beschäftigten ihre kollektive Stimme. In Kambodscha sind schon 10 000 Strassenhändlerinnen und Rikschafahrer zusammengeschlossen. | Text: Fahmi Panimbang und Astika Andriani (Foto: Solidar)

In Asien sind je nach Branche bis zu 90 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter informell beschäftigt. Dies betrifft die sogenannte Gig Economy – also die Plattformwirtschaft im Internet –, aber auch Hausarbeit, Fischerei, Landwirtschaft und den Bau. Doch auch in der formellen Wirtschaft nimmt das Outsourcing und die Vergabe von Unteraufträgen zu. Dabei bleiben Sicherheit und Gesundheitsschutz auf der Strecke, Sozial- und Vorsorgeleistungen verschwinden.

Es geht nur gemeinsam

Weil es kaum Organisationen gibt, die ihre Interessen vertreten, sind informell Beschäftigte zusätzlich marginalisiert. Vor allem in neuen Branchen – wie appbasierte Lebensmittellieferungen und Taxidienste – realisieren die Arbeitnehmenden

immer stärker, dass sie die Situation nur kollektiv verändern können. Auch in der formellen Wirtschaft wird der Zugang zu den (etablierten) Gewerkschaften immer schwieriger, der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft immer kleiner. Beschäftigte trauen sich aus Angst um den Job nicht, in die Gewerkschaft einzutreten.

Solidar Suisse hat eine Plattform für informell und prekär Beschäftigte geschaffen. Sie soll über Branchen- und Ländergrenzen hinweg den Austausch und das gegenseitige Lernen fördern. Wenn sich ein alternatives Organisationsmodell in einem Land bewährt, wird es auch in einem anderen helfen. Für Wanderarbeiterinnen, Scheinselbständige und Plattformjobber ist es nämlich nicht einfach, eine Gewerkschaft zu gründen oder einer solchen beizutreten. In Kambodscha ist ein Zusammenschluss

schon 2005 gelungen: *Idea (Independent Democracy of Informal Economy Association)* vereinigt Beschäftigte aus ganz verschiedenen Branchen: Strassenhändlerinnen, Taxi- und Rikschafahrer, Hausangestellte, Müllsammler und Personal aus dem Gastgewerbe.

Beispiel Phnom Penh: Drei Viertel der dort arbeitenden rund 16 000 Strassenverkäuferinnen und -verkäufer sind weiblich. Sie sind gesetzlich nicht geschützt, sozial nicht abgesichert und stehen der Willkür (oft korrupter) Polizeibeamter schutzlos gegenüber. *Idea* informiert seine 10 000 Mitglieder über ihre Rechte auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und auf Interessenvertretung. Daneben bestehen diverse inoffizielle Gruppen mit Angeboten für die Arbeit, aber auch für die Freizeit.

Bessere Konditionen beim Leasing

In Indonesien und Thailand gibt es eine Vernetzung von Transport- und Lieferdiensten über die Städte hinweg. Das erlaubt kollektives Handeln, wie es die traditionellen Gewerkschaften in diesem prekären Bereich nicht hinbekommen. «Wir verhandeln zum Beispiel mit Leasingfirmen über bessere Bedingungen. Und wir waren an der jüngsten Regierungsverordnung über Plattformunternehmen beteiligt», erzählt Agus Setiawan von der Vereinigung *Asosiasi Driver Online* in Jakarta. Ermöglicht wird die neue kollektive Praxis durch die Tatsache, dass man in der Gig Economy ohnehin permanent online ist. Also läuft auch kollektives Handeln über Internet. Dazu kommen physische Treffen an Rastplätzen.

Die etablierte Gewerkschaftsbewegung sollte darüber nachdenken, wie sie diese prekär Beschäftigten einbeziehen und sich systematisch mit ihren Anliegen auseinandersetzen kann.

In der Landwirtschaft Kambodschas (hier der Anbau von Palmöl) sind 90 Prozent der Beschäftigten informell angestellt.



Stefanie Brander, Philosophin und Romanistin, pensionierte Gleichstellungsbeauftragte, Klimaseniorin, Vevey

Den Möglichkeitssinn bewahren

Ihr Berufsleben war zu grossen Teilen der Gleichstellung gewidmet. Jetzt, im Unruhestand, will Stefanie Brander als Klimaseniorin noch den Planeten retten. In Strassburg war die Aufmerksamkeit für die Schweizer Klage enorm.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Solch einen Rummel hätten sie nicht erwartet, erzählt Stefanie Brander, Vorstandsmitglied der Schweizer Klimaseniorinnen. Die Medien, von CNN bis Al Jazeera, prügeln sich beinahe um ein Statement dieser verrückten Eidgenossinnen, die ihr Land in Strassburg verklagen. Anlässlich der öffentlichen Anhörung vor dem Menschenrechtsgerichtshof EGMR erläuterten die Klimaseniorinnen nochmals geduldig ihre Argumentation: Die Schweiz unternehme nicht genug gegen den Klimawandel und gefährde damit, was ihnen in Artikel 10 der Bundesverfassung zugesichert sei: «das Recht auf Leben» und «das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit». Auch die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK schützt in Artikel 2 «das Recht jedes Menschen auf Leben». Sie aber lasse man im Regen stehen oder, schlimmer und genauer, in der Hitze sterben. Als Frauen im Alter von 64 bis 95 Jahren gehörten sie einer durch die Erderwärmung besonders verletzlichen Gruppe an und seien zur «egoistischen Verbandsbeschwerde» legitimiert. Im eigenen Land fanden sie damit kein Gehör; nicht beim Uvek (2017), nicht beim Bundesverwaltungs- und auch nicht beim Bundesgericht (2020). Letzteres beschied den Klägerinnen, sie seien «durch die gerügten Unterlassungen nicht mit hinreichender Intensität in den angerufenen Grundrechten betroffen». (Sondern bloss so, wie alle anderen auch.)

Warten auf den Urteilsspruch

Der Spruch aus Strassburg ist nicht vor Ende Jahr zu erwarten. Eine Prognose lässt sich Stefanie Brander nicht entlocken. Aber sie sieht in der Tatsache, dass der «Fall» an die Grosse Kammer des EGMR überwiesen wurde, zumindest ein starkes Sig-

nal: «Strassburg nimmt die Sache ernst und wird ein Grundsatzurteil fällen.» Zumal noch andere vergleichbare Klagen aus anderen Ländern dort eingegangen sind, die in einem Aufwisch behandelt werden. Es geht aus Sicht der Kollegin um Elementares: dass nämlich in einem Rechtsstaat, sollte die Politik versagen, der Gang ans Gericht offensteht. Gerade auch für Minderheiten. Aber auch für eine (übersehene oder unberücksichtigte) Mehrheit, wie die Frauen sie verkörper(te)n.

Alles etwas flotter

Die Frauenbewegung gründete auch Stefanie Brander berufliche Karriere, die vor Kurzem zugunsten eines ziemlich unruhigen Ruhestandes zu Ende gegangen ist. Das letzte Arbeitsjahrzehnt wirkte sie, von Haus aus Philosophin und Romanistin, als Gleichstellungsbeauftragte der Universität Lausanne. Zuvor, in den Nullerjahren, leitete sie die entsprechende Stelle in der Stadt Bern – und hatte dabei nicht nur erfreuliche Begegnungen. Auch innerhalb des VPOD habe es zu jener Zeit noch bräsigen Chauvinismus gegeben. Der Umzug ins Welschland war da auch ein wenig Flucht nach vorn. Am Genfersee ist sie nun der Berner «Hölle der Gemütlichkeit» entronnen. Es gehe hier alles ein wenig flotter, findet sie. Ausser natürlich die Baustelle am Lausanner Hauptbahnhof, über die wir staksen und die noch viele weitere Jahre bestehen wird.



«Optimismus des Herzens»: Klimaseniorin Stefanie Brander.

Sag mir, wo die Frauen sind

Mit der Bereitschaft, Konflikte auszutragen, und mit hartnäckigem Pragmatismus hat die Kollegin einiges bewegt. Urplötzlich tauchten in einzelnen Fachbereichen der Uni höchstqualifizierte Frauen auf, auch in Positionen, für die sich doch angeblich beim besten Willen keine Kandidatin finden liess. Hat es diese Wissenschaftlerinnen vorher nicht gegeben? Oder waren sie auf den männlichen Radaren unsichtbar? «Wenn es Wirklichkeitssinn gibt, muss es auch Möglichkeitssinn geben»: Von diesem Wort Robert Musils lässt sich Stefanie Brander auch heute leiten, allen negativen Entwicklungen der Gegenwart zum Trotz. Auch ein Satz des italienischen Marxisten Gramsci passt zu ihr: Die Kollegin bewahrt trotz «Pessimismus des Verstandes» den «Optimismus des Herzens».



DER SOMMER IM TESSIN



Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow

20% VPOD-Rabatt

(jederzeit gültig)



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

info@grappoli.ch
www.grappoli.ch



Hotel Ristorante iGrappoli - 6997 Sessa - Tel. 091 608 11 87



AZB Postfach, 8036 Zürich



«Hilfe, meine
Miete wird
ungerechtfertigt
erhöht! Wer
hilft mir?»

Jetzt Multi Rechtsschutz
abschiessen für nur Fr. 138.–
für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod  ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 18000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

